6. Jahrg. Nr. 189A

Einzelpreis 10 Pfg

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Sonnabend, 20. Dezember 1924.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 0.75 Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Träger 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 144. — Fernsprecher Breslau [illegible] 9837

Die Wahrheit über Sowjetrußland.

Purcell an die deutschen Gewerkschaftler

Der Führer des englischen (Amsterdamer) Bergarbeiterverbandes, Vorsitzender der Bergarbeiterinternationale für die internationale Arbeiterfront.

An die deutschen Gewerkschaftler und an alle anderen, die in der organisierten Bewegung der Arbeiterklasse stehen, sende ich die herzlichsten brüderlichen Grüße.

Ich hoffe, daß wir, als ein Ergebnis des Besuches in Rußland, fähig sein werden, den Weg zu bereiten für eine Liquidation aller S[illegible] und Gegensätze, die gegenwärtig in der internationalen Gewerkschaftsbewegung bestehen.

Stillschweigen oder sogar ein freundlicherer Ton in diesem Augenblick seitens derer, die wirklich im Sinne haben, die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse herbeizuführen, wird, des bin ich gewiß, mehr dazu beitragen, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, einen Angriff im Weltmaßstabe zu führen gegen den Kapitalismus, wie auch gegen die Methode der Kompromisse und der Stagnation.

Für dieses Ziel können alle wirken.

18. Dezember 1924. A. A. Purcell.

Ben Tillet an die Berliner Arbeiter.

Wir freuen uns, Berlin wieder besuchen und den Berliner Arbeitern eine Botschaft geben zu können.

Das Weltproletariat braucht nicht nur eine internationale Bewegung, es braucht darüber hinaus ein brüderliches Zusammenstehen und einen agressiven Widerstand gegen den Kapitalismus auf der ganzen Welt.

Die Kampffront ist die Einheitsfront. Unser Besuch in Rußland hat uns eine wirklich lebendige Demokratie gezeigt, die sich anpaßt an jeden Wesenszug und jedes Detail des industriellen und sozialen Lebens. Der Erfolg in Rußland ist gesichert. Sein großes Beispiel muß von jeder klassenbewußten Demokratie befolgt werden.

Berlin, 18. Dezember 1924. Ben Tillet.

Die englische Gewerkschaftsdelegation auf ihrer Fahrt durch Berlin.

Brausend schallte die Internationale, das Lied der revolutionären Proletarier aller Länder, durch die Riesenhalle des Schlesischen Bahnhofs, als der Zug mit der englischen Gewerkschaftsdelegation in die Halle einfuhr. So begrüßten die Delegationen aus den Berliner Betrieben im Namen des klassenbewußten Berliner und des ganzen deutschen Proletariats die englischen Delegierten. Sie zeigten damit, wie sehr ihnen die Herstellung der internationalen Einheitsfront des Proletariats am Herzen liegt und wie gut sie das Auftreten der englischen Delegation in Rußland als einen Wendepunkt in der internationalen Arbeiterbewegung zu würdigen wissen.

Die Vertreter der Sozialdemokraten Severing und Richter sorgten in Gestalt einiger Schutzbeamter dafür, daß die englische Delegation auch sofort die andere Seite der glorreichen Ebert-Republik kennen lernte. Das revolutionäre Rot, das selbst unter Hohenzollernherrschaft von Arbeitern getragen werden konnte, es ist in dem schwarz-rot-goldenen Ebert-Deutschland verboten, seitdem die SPD. die rote Fahne verraten und gegen die Farben der Bourgeoisie eingetauscht hat.

Waren die Teilnehmer der englischen Delegation über den begeisterten Empfang der Berliner Arbeiter aufs höchste erfreut, so war ihre Entrüstung über die Demonstration der Severing- und Richter-Polizei nicht minder groß. Sie brachten ihre Entrüstung über diese „Demokratie" scharf zum Ausdruck.

Nach einer wuchtigen Begrüßungsrede durch einen Berliner Proletarier antwortete Purcell in begeisterten Worten für Sowjetrußland und schloß mit einem Appell an die internationale Solidarität des Proletariats und einem Hoch auf die deutsche Gewerksch[illegible]

Die Lage in Rußland.

Von A. A. Purcell (London).

(Sonderbericht der Inprekorr.)

Ich erinnere mich, vor vielen Jahren — ich glaube, es war 1903 — ein Buch von Andrew Carnegie gelesen zu haben, wo dieser beweisen will, daß das amerikanische Kapital, wenn es das südliche Rußland wirtschaftlich ausbeuten wollte, dort ein wahres Mekka, einen finanziellen Gipfel, einen Mount Everest finden würde.

Jetzt wo ich über 5000 Werst in der Ukraine zurückgelegt habe, mußte ich immer an diesen kapitalistischen Philosophen eigener Zucht denken. Carnegie hatte die Ausbeutung der Naturreichtümer für Privatzwecke im Auge, während die russischen Arbeiter die Aufgabe übernommen haben, ihren heimatlichen Boden zum Zwecke des Allgemeinwohles auszubeuten.

Betrachtet man einen beliebigen Ort aus dem „Donbassin" (Donetzbecken) — so wird man von den hier aufgetürmten Widersprüchen des Kapitalismus, richtiger seiner Erbschaft, verblüfft sein. Man wohnt einem unaufhörlichen Kampfe bei, der darauf gerichtet ist, aller dieser physischen und geistigen, vom Kapitalismus überkommenen Defekte Herr zu werden.

Man sieht hier, in welch fürchterlichen Verhältnissen die Kapitalisten des zaristischen Regimes ihre Arbeiter schuften ließen.

Ihr seht die von den Weißen angerichteten Verwüstungen.

Ihr könnt über die heroische und gigantische Arbeit urteilen, die die Sowjetmacht geleistet hat,

indem sie die Räuberbanden verjagt hat und die Wunden heilt, die von ihnen diesem schönen Lande geschlagen worden sind.

Die schmutzigen Ueberreste des Kapitalismus — sein Scherflein zur Befreiung der Menschheit — geben den neuen Herren, die Schritt für Schritt die kapitalistischen Ruinen abtragen und sie durch revolutionäre Bauten ersetzen, eine kolossale Arbeit auf.

Man muß den Fähigkeiten und dem Können der Arbeiterrepublik Gerechtigkeit widerfahren lassen, auch der Disziplin, mit der sie ihre Armeen zum Kampf gegen diese Verwüstung mobilisiert.

Man kann nicht genug Worte finden, um diese grenzenlose Schuld des Kapitalismus zu charakterisieren, wenn man an die von ihm hinterlassene Erbschaft von Schmutz, Unwissenheit und Vorurteilen denkt.

Geht man nach Grosny oder Baku, so findet man dasselbe Bild, nur mit dem Unterschied, daß hier Petroleum anstatt Kohle und Salz ist. Ueberall haben wir den festen Willen zur **Bekämpfung des Kulturmangels und zur Schaffung menschlicher Lebensbedingungen** gefunden.

Weiter. Streowka spricht beredt von den großen Anstrengungen der Sowjetmacht zur Schaffung hydroelektrischer Stationen, um die Produktion auf wissenschaftlicher Grundlage zu organisieren, um die Finsternis zu bekämpfen.

Zur Illustration der Energie und der Siegessicherheit, welche die russischen Arbeiter begeistert, werde ich folgende Antwort eines Bergmannes aus dem Donbecken auf die Bemerkung eines unserer englischen Genossen anführen. Dieser letztere wies auf ungeheure Schwierigkeiten hin, gegen die man hier anzukämpfen hat. Darauf erwiderte der russische Genosse: „Vergeßt nicht, daß es unsere Schächte sind."

Das größte Beispiel der Energie und Fähigkeit der Arbeiterklasse ist aber die Station Schaturski. Vor vier Jahren war diese Gegend im Zustand des größten Chaos — ich habe nach meiner ersten Reise dahin in England darüber berichtet. Jetzt war ich hier zum zweiten Male, und ich konstatiere eine **der größten Errungenschaften der Sowjetrepublik.**

Schon an und für sich ist die Torfverwendung in dem für die Station Schaturski vorgesehenen Maßstab eine große Errungenschaft; der Torf befindet sich nicht weit von der Station. Schöne Bauten, bequeme und nach guten Plänen ausgeführte **Arbeiterwohngelegenheiten, Klubs, Schulen, Speisehäuser** — dies alles wird die Station Schaturski nach ihrer Vollendung zu einer der besten, den höchsten hygienischen Anforderungen genügenden und alle ihre Bedürfnisse selbst befriedigenden industriellen Anstalt der ganzen Welt machen.

Hier tritt am deutlichsten der kolossale Unterschied zwischen der kapitalistischen und der proletarischen Lösung großer Probleme zutage.

Ein kurzer Blick auf alle diese Errungenschaften genügt, um sogar den schlimmsten Feind der Sowjets zum Eingeständnis zu bringen, daß

gerade diejenigen, die die schärfste revolutionäre Sprache führen, sich fähig erwiesen haben, mit bewunderungswürdigem Erfolg mächtige wirtschaftliche Unternehmungen durchzuführen.

Den Technikern ist hier volle Freiheit zur Durchführung ihrer wissenschaftlichen Pläne gegeben worden. Diese Freiheit wäre unter der kapitalistischen Herrschaft unmöglich gewesen, wenn sie den Kapitalisten nicht gewinnbringend wäre, hier aber steht in erster Reihe ausschließlich der öffentliche Nutzen, und man sucht daher, das Beste ins Werk zu setzen.

Die großen Betriebe von Sterowka, Schaturski und Semo-Awchal haben einen nachhaltigen Eindruck auf mich gemacht. Jeder von ihnen, sowie viele andere sind Teile eines Ganzen, sind die Verwirklichung des Gedankens der sozialwirtschaftlichen Organisation.

Sowjetrußland darf auf seine Errungenschaften auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft stolz sein.

In England begnügt man sich einstweilen mit Herumreden. Ihr aber bringt tatsächlich etwas zustande. Dabei ist Rußland arm an Geldmitteln, England verhältnismäßig reich. Auf diesem Gebiete geht ihr festen Schrittes zur zweckmäßigen Betriebsweise über, während man bei uns in England sich noch darüber streitet, ob eine derartige Ausbeutung der Naturkräfte des Landes sich für die Kapitalisten rentieren wird.

Es fehlt mir an der nötigen Zeit, um weitere Details zu erörtern; es genügt mir zu sagen,

daß die vom Sowjetrußland seit 1920, seit meiner ersten Besuchsreise, gemachten bewunderungswürdigen Fortschritte auf mich einen tiefen Eindruck gemacht haben.

Man kann sich nicht der Bewunderung erwehren, wenn man bedenkt, welche Unsumme von Energie zur Abwehr der bald offenen, bald tückischsten und feigsten Angriffe der kapitalistischen Staaten aufgewendet wurde. In den Zeiten des Hungers ist die kapitalistische Presse der ganzen Welt fast täglich mit empörendsten Angriffen gegen Sowjetrußland aufmarschiert, hat einen systematischen Lügen- und Verleumdungsfeldzug geführt. Diese Herrschaften hofften, auf diese Weise die Sowjetmacht zu Fall zu bringen. Toren! Sie haben vergessen, daß sie durch ihr Ultimatum zur größten Popularisierung Rußlands beigetragen haben. Immer mehr wahre Nachrichten über Rußland gelangen nach Europa; **die Reisen der englischen Arbeiter sind eine ständige und unerschöpfliche Quelle der Information — allen Verleumdungen und Lügen zum Trotz.**

So begab ich mich nach

Georgien,

welches ein Objekt der besonderen Aufmerksamkeit seitens der Kapitalisten und — wenn man so sagen darf — der Quasisozialisten ist. Ich komme nach Georgien, ich schaue, ob nicht noch wenigstens ein Georgier am Leben geblieben ist. Während der letzten sechs Monate hat die britische Presse ihre Liebe zu Georgien so stürmisch geäußert, daß sie das Land seiner ganzen Bevölkerung beraubt hat. Tag für Tag hörten wir von Aufständen, Rebellionen, Folterungen, Niederschießungen, Morden, Reibereien usw. in Georgien unter der bolschewistischen Herrschaft. Die entsetzlichsten Dinge wurden von den englischen Zeitungen an hervorragender Stelle gebracht.

Sie wissen selber, daß es eine Unwahrheit ist, doch haben sie keine anderen Waffen mehr gegen Sowjetrußland.

Die Riesendemonstration, die am 3. Dezember in Tiflis stattgefunden und über drei Stunden gedauert hatte, ist die beste Antwort an die heimischen, wie auch an die ausländischen Verleumder. Männer und Frauen, Mädchen und Jugendliche, alle in Arbeitsanzügen, schritten daher in voller Ordnung mit Gesang und Rufen; ihre Fahnen, ihr Gesichtsausdruck sprachen davon, daß die von ihnen für Georgien errungene Sowjetmacht um jeden Preis erhalten werden müsse.

Händler und Gutsbesitzer Georgiens, seine früheren Herren, steht auf, wenn ihr es könnt und sprecht die Wahrheit!

Wißt ihr es, daß eure Brüder im Ausland lügen?

Warum schweigt ihr dazu?

Ich will statt euch Antwort geben.

Die Arbeiter haben euch die Macht entrissen. Die Arbeiter haben sich bessere Wohnungen erbaut, habe starke und große Gewerkschaften geschaffen und haben ihren vollen Anteil am Gesamtleben des Landes. **Sie bedrohen euren Profit. Sie haben eurer Ausbeutung Einhalt getan. Dies ist es, was euch schmerzt.**

Als Glied der britischen Arbeiterklasse bin ich stolz darauf, daß ich die Möglichkeit zur Solidarisierung mit den breiten Massen georgischer Arbeiter hatte, die trotz aller Verleumdungen und Lügen, trotz aller Scharlatanerie und Spitzbubenkunst ihrer Feinde es vermocht haben, ihre alten Ausbeuter und Unterdrücker zu vertreiben.

Es ist unsere Pflicht, nach der Rückkehr nach Britannien mit einer immer steigenden Energie die britische Arbeiterklasse über das große Werk der georgischen Arbeiter zu informieren. Dies bezieht sich auch auf die gesamte Union der SSR.

Es lebe die Union der SSR., und möge ihr von unserer Seite die größte Unterstützung zuteil werden.

Ankunft der Gewerkschaftsdelegation in London.

Die englische Gewerkschaftsdelegation ist heute in London eingetroffen. Sie wird morgen einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Reise vor den englischen Arbeitern geben.

Der Amnestieantrag der Kommunisten.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin 20. Dezember

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat einen Amnestieentwurf eingereicht, in dem allen politischen Gefangenen, die ihre Strafen im Kampf um die Besserstellung der Arbeiter zu erdulden haben, Straffreiheit gewährt werden soll. Ferner verlangt die Kommunistische Landtagsfraktion Rücktritt des Preußischen Staatsministeriums weil es die Interessen der Arbeiter nicht vertreten habe.

Erfolgreiche Abstimmungen in Hannover (Arenhagen der Gene) fanden statt. Ueber die Ergebnisse der Quelle liegen noch keine Angaben vor.

Mühsam, Sauber, Karst und Olschewska in Freiheit.

7000 müssen weiterschmachten.

(Eigene Drahtberichte)

Berlin, 20. Dezember.

Das bayrische Staatsministerium der Justiz hat unter Milderung der Strafen die Strafvollstreckung gegen vier revolutionäre Festungsgefangene von Niederschönenfeld, die Genossen Mühsam, Sauber, Karst und Olschewska und gegen Fechenbach, Görges und Lembke unterbrochen und ihnen für den Rest der Strafe Bewährungsfrist bewilligt.

*

Der Proteststurm der Arbeiter, der bei der Begnadigung Jagows durch den Reichspräsidenten einsetzte, hat wenigstens eine kleine Wirkung gehabt. Ebert wagte es zwar nicht, unsere Genossen zu begnadigen, ja nicht einmal ihnen Strafaufschub und Bewährungsfrist zu geben, weil er Angst vor der Bourgeoisie hatte, sondern überließ diese Tat dem bayrischen reaktionären Staatsminister.

Wir begrüßen unsere Genossen in der Freiheit.

5½ Jahre schmachten bereits diese Kämpfer der bayrischen Räterepublik in der Festungshöhle Niederschönenfeld. Unser Genosse Mühsam war des öfteren zusammengebrochen und ist während seiner Haft fast vollständig erblindet. 5½ Jahre hat man unseren Genossen hinter den Gittern gelassen, während die Hochverräter von rechts draußen Putsche organisierten und nicht bestraft wurden. Die Entlassung unserer Genossen betrachten wir nicht als einen Gnadenakt. Gnadenakte kennt die Bourgeoisie nicht. Unsere Genossen mußten entlassen werden, weil die deutsche Justizschande eine solche Empörung bei den Arbeitern der Welt ausgelöst hat, daß die deutsche Bourgeoisie jetzt einen Schein von Gerechtigkeit zeigen muß.

Aber was sind vier Kämpfer?
7000 sitzen weiter!

Hitler und Kriebel sind auch entlassen worden. Damit sind so ziemlich die letzten der reaktionären Putschisten in Freiheit. Die Bourgeoisie hat sie alle begnadigt. Aber die 7000 proletarischen Gefangenen müssen weiter schmachten.

Die Herren Sozialdemokraten wenden sich weiter gegen die Amnestie. Es wäre eine Kleinigkeit für einen Ebert, wenigstens seinen eigenen Parteigenossen Dr. Zeigner zu begnadigen, doch die Sozialdemokraten haben nur Courage im Kampfe gegen die Arbeiterschaft.

Die KPD. wird weiter für die Amnestie kämpfen, solange, bis der letzte proletarische Kämpfer in Freiheit ist.

Heraus mit unseren Gefangenen!
Hinein mit unseren Henkern!

Der Kampf gegen kommunistische Redakteure.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin 20. Dezember.

Der Redakteur der „Bergischen Volkstimme", Genosse Zulauf, wurde von dem Staatsgerichtshof in Leipzig zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Artikel über den Dawesplan geschrieben hatte. In diesem Artikel erblickte man eine Unterwühlung der deutschen Staatsautorität.

*

Kann man die deutsche Staatsautorität überhaupt noch unterwühlen?

Haarmann und Grans zum Tode verurteilt!

Zwei würdige Vertreter des kapitalistischen Zeitalters, der Massenmörder Haarmann und sein Zuhälter Grans, sind gestern zum Tode verurteilt worden. Haarmann, der bis zum letzten Moment obenauf war, brach bei der Urteilsverkündigung vollkommen zusammen. Er sprach noch wenige Worte und nahm das Urteil an. Auch Grans machte einen niedergeschlagenen Eindruck.

Ein Massenmörder, der zugleich ausführendes Organ der Polizei war, wird wahrscheinlich jetzt unter das Fallbeil kommen. Dafür, daß das ganze System der Massenmörder unter das Fallbeil kommt, hat das Proletariat zu sorgen.

Wiederum eine Begnadigung politischer Banditen.

Aus Leipzig kommt die Nachricht, daß der sächsische Justizminister Bünger die Gefängnisse Prager, Trübner, Zimmermann, Zinkeisen und Rohn begnadigt hat. Die Gesellschaft hatte sich ein Waffenlager, bestehend aus zwei Maschinengewehren, zehn Infanteriegewehren und einer Kiste Handgranaten angelegt, das im Frühjahr 1922 ausgehoben werden konnte. Die an sich schon geringfügigen Geld- und Freiheitsstrafen — der Hauptbeschuldigte Prager erhielt ganze 5 Monate Gefängnis — sind nun noch „im Gnadenwege" erlassen worden.

Proleten! Wie lange noch wollt Ihr diesen Skandal ertragen?

Ein unwiderlegliches Dokument

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Der Parteivorstand
Telephon: Amt Moritzplatz No. 14740, 14741

BERLIN SW 68, den 6. Januar 1915.
Lindenstraße 3

An den
Vorstand des sozialdem. Wahlvereins für den Kreis Nieder-Barnim.

Werte Genossen!

Der Parteivorstand hat sich heute mit Ihrem Antrage vom 5. d. M. beschäftigt, der verlangt, daß aus Anlaß der Aufforderung zum Strafantritt an die Genossin Luxemburg die Partei unverzüglich Kundgebungen veranstalten soll.

Der Parteivorstand hat den Antrag einmütig abgelehnt. Bisher waren in der Partei allgemeine Kundgebungen solchen Anlasses wegen nicht üblich. So schwer auch die Verurteilung der Genossin Luxemburg ist, gegen die seinerzeit in der Partei schärfster Protest erhoben wurde, so liegt doch jetzt beim Strafantritt kein Anlaß vor, anders zu verfahren als in ähnlichen Fällen. Dazu kommt, daß die verlangten Kundgebungen, bei denen wir „unseren prinzipiellen Standpunkt zum Militarismus scharf betonen" sollen, unter dem Kriegszustand unmöglich sind. Die Veranstaltung der verlangten Kundgebungen trotz Verbotes wäre aber nur unter schwersten Opfern der Parteigenossen möglich. Zu dieser äußersten Notwendigkeit liegt jedoch in diesem Falle kein ausreichender Anlaß vor.

Mit Parteigruß

gez. *Fr. Ebert*

Der Bürger Ebert hat sich um das kaiserliche Vaterland wohlverdient gemacht. Er hat jede Protestaktion wegen der Einkerkerung seiner Parteigenossin Rosa Luxemburg verboten. Mögen die Vereinsmitglieder der Internationale Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kennen — wir gingen zu Hindenburg.

Reaktionsgericht bezeugt Eberts Durchhaltepolitik.

Das Magdeburger Gericht stellte die Aussagen Goberts, der Ebert belastete, daß er tatsächlich für den Streik und für die Weigerung sich einziehen zu lassen, im Treptower Park gesprochen hatte als bedeutungslos hin.

Hierauf wurde die Reihe der Plädoyers eröffnet. Generalstaatsanwalt Sterb hielt eine Lobrede auf den Herrn Ebert und stellte fest, daß die Zeugenaussagen tatsächlich in dem Sinne die gleichen waren, daß Ebert seine Vaterlandspflicht voll und ganz erfüllt habe. Die Aussagen des Zeugen Sprig ständen allein da. Der Generalstaatsanwalt beantragte daher für Rothardt 6 Monate Gefängnis. Nach 3 Monaten soll Bewährungsfrist gewährt werden. Die Verteidiger Rothardts plädierten auf Freispruch, da nach ihrer Annahme Ebert doch ein Landesverräter gewesen sei.

Es ist interessant wie das bürgerliche Gericht die Haltung Eberts im Kriege verteidigt. In diesem Fall wird sogar gegen Rothardt eine sechsmonatige Gefängnisstrafe beantragt, damit tatsächlich der Sozialdemokrat Ebert in seiner Ehre nicht gekränkt wird. Die Sozialdemokratie kann wahrhaftig stolz auch auf den Ausgang dieses Prozesses sein. Er beweist tatsächlich, daß die Sozialdemokratie zwar nicht Verrat an der Bourgeoisie, sondern **Verrat an der proletarischen Klasse geübt hat.**

Die Kopflosigkeit bei der Regierungsbildung.

Nachdem nun Herr Stresemann abgelehnt hat, eine Regierung zu bilden, hat auch der Reichskanzler Marx seine „Bemühungen" aufgegeben. Die Regierungsbildung ist also wieder einmal auf den toten Punkt angelangt. Die Parteien können wieder anfangen zu rechnen, denn erneut sind wieder alle Möglichkeiten offen bis auf eine, die Regierung mit den Sozialdemokraten. Man denkt schon wieder an das Kabinett der wirtschaftlichen Persönlichkeiten. Was das für die Arbeiter bedeutet, brauchen wir nicht auszuführen. Jedenfalls fehlt den Bürgern der Prophet, der sie aus ihrer Lage erretet.

Der Kommunistenterror in Thüringen.

Durch die Agenten der Sattler-Regierung wurden die Genossen **Altwein und Herzer in Jena** von der Roten Hilfe verhaftet. Der Grund der Verhaftung ist unbekannt.

Genosse Rosenbaum verhaftet.

Der Genosse Kurt Rosenbaum, der politische Leiter des Bezirks Halle-Merseburg und neugewählter Reichstagsabgeordneter, wurde gestern verhaftet. Er wurde wenige Minuten vor 8 Uhr, als er am „Vollspark" aus der Elektrischen stieg, um in der Mitgliederversammlung unserer Partei zu sprechen, von Kriminalbeamten angehalten. Als er sich weigerte, ohne Haftbefehl mit zur Polizeiwache zu kommen, wurde er von einer herbeistürzenden Ueberfallkommando der Sipo abgeführt.

Leinert spielt wieder erste Geige.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin 20. Dezember.

Der ständige Ausschuß des Landtages tagte gestern. Leinert war auch anwesend — als Vorsitzender. Die Kommunisten wandten sich dagegen, worauf ein SPD.-Vertreter erklärte, daß Leinert das volle Vertrauen der SPD. genieße

*

Das volle Vertrauen der Bourgeoisie, 50 000 Mark jährlich; das volle Vertrauen der SPD. Alles ist Hose wie Jacke.

Löbe soll wieder Reichstagspräsident werden.

Der Liebling aller bürgerlichen Parteien.

Die „Volkswacht" tobte vorgestern, als wir Löbe, den einstmals gefürchteten Gegner der Bourgeoisie, den heutigen Liebling der Kapitalisten nannten. Jetzt wird unsere Behauptung bestätigt. Löbe soll wieder Reichstagspräsident werden. Alle Parteien, von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten, sind damit einverstanden. Kann ein Mensch gleichzeitig den kapitalistischen Parteien und der Arbeiterschaft dienen? Nein! Löbe wird von den kapitalistischen Parteien einstimmig gelobt, weil er ihre Interessen vertritt, nicht die der Arbeiterschaft.

Das bayrische Konkordat.

Staatsvertrag mit dem Papst und der katholischen Kirche.

Das bayerische Konkordat, das dem Klerikalismus nicht allein das Verfügungs- und Anstellungsrecht über die Lehrer und Lernmethoden ausliefert, sondern außerdem noch Staatseigentum in den Rachen wirft, hat eine Landesausschußsitzung der Deutschnationalen Bayerns beschäftigt. Bei ihnen lag die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung und damit einer Landtagsauflösung in Bayern. Getreu ihrer Devise „Halb und halb" sind die bayrischen Deutschnationalen zu einer Entschließung gekommen, die einer Zustimmung zum Konkordat gleichkommt. Zwar verlangt man, daß nicht der lateinische Text der Jesuiten, sondern der deutsche Text gültig sei, daß eine „Parität der finanziellen Leistungen im Staat" sowohl für die evangelische und für die katholische Kirche festgelegt werde. Auch soll der Staat das Recht der Anstellung der Lehrer behalten, jedoch die dehnbare Entschließung zeigt den Umfall der Deutschnationalen vor den Machtansprüchen des katholischen Klerikalismus.

Auch die bayrische Sozialdemokratie steht nicht in prinzipieller Gegnerschaft gegen den Anschlag Roms auf die bayrischen Volksschulen und den Staatssäckel, sondern will nur an dem Konkordat „Verbesserungen" einfügen. Im Grunde findet sich die SPD trotz aller oppositionellen Schaumschlägerei mit dem Machtgebot der Kurie, der Schrittmacherin der süddeutschen Monarchisten ab. Nur die Kommunistische Partei steht in scharfer Frontstellung gegen das Konkordat.

Im übrigen dürfte eine Untersuchung darüber interessant sein, wie weit die papst- und jesuitenfreundliche Haltung der SPD. der Einwirkung des Katholiken Ebert zu denken ist.

Sozialdemokraten und Faschisten zusammen in der estländischen Regierung.

300 Arbeiter bisher erschossen.

In Estland hat sich eine Koalitionsregierung aus Vertretern aller Parteien, mit Einschluß der Sozialdemokraten (!) gebildet. Die Sozialdemokratie, die sich an der 2. Internationale nicht angeschlossen hat, mit der Begründung, daß die zweite Internationale nicht radikal genug wäre, delegierte die bekannten Kommunistengegner Birma und Ai in die Regierung des Nationalisten Jacksons. An der Regierung nimmt die Partei der Faschisten, genannt Agrarier, teil. Die Sozialdemokraten stellen als einzige Vorbedingung für den Eintritt in die Regierung die Regelung der Wohnungsfrage auf dem Lande. Die Militärdiktatur Leideners bleibt bestehen, bisher sind 300 Arbeiter erschossen.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski.
Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

49]

Hätte unsere Narodnaja Wola im Augenblick die Gewalt in den Händen, die öffentliche Meinung hätte ihr zu Füßen gelegen. Jetzt kroch sie auf dem Bauch und wimmerte um Verzeihung. Wie ein Hund kroch sie vor dem Soldatenstiefel des Zaren.

Es war geradezu ekelhaft. Und in der Stadt waren alle Instinkte der Gemeinheit losgelassen. Die Polizei veranstaltete Straßenjagden und Treibjagden. Und mitten in diesem Geheul der Niedrigkeit erklang plötzlich aus der Kasematte die Stimme Jeleboffs: ich; und mutig: Ich habe getötet, ich habe die Tat vollbracht, auf Befehl der Narodnaja Wola habe ich das Attentat vorbereitet.

Und seine Stimme ward fast übermenschlich unter dem jämmerlichen Wut- und Angstgeheul der anderen. Und hinter ihm stand für die Gesellschaft drohend und geheimnisvoll die Narodnaja Wola.

Für uns wurde es klar: Jeleboff war verloren.

Als Sonja Perowska seine Erklärung in der Zeitung auf der Straße gelesen hatte, sagte sie nur: so hat er handeln müssen. Und nach einiger Zeit fügte sie hinzu:

„Ich möchte dasselbe tun, er will, daß die Angelegenheit möglichst ernst aussieht."

Dann begann sie einen Plan zu entwerfen, um Jeleboff zu befreien. Doch das war nur ein Hirngespinst. Denn Jeleboff begann vor dem Untersuchungsrichter Geständnisse abzulegen und es erfolgten Verhaftungen in unerhörter Zahl.

Am dritten Tage erfuhren wir von der Verhaftung Hesia Helfmans. Sablin hatte sich in ihrer Wohnung kurz vorher erschossen. Es war schwer diese Tage zu überdauern. Jede Nacht stand man vor dem Problem: wo übernachten? Wer damals die Liberalen Petersburg nicht gesehen hat, weiß nicht, welche elende und gemeinen Formen die Angst annehmen kann. Man sah Leute, die noch wenige Tage zuvor die revolutionären Phrasen im Munde führten, blaß werden und am ganzen Leibe schlottern, sobald einer von uns ihre Schwelle betrat.

Die Nacht nach der Verhaftung Hesia Helfmans mußte ich bei einer alten Dame zubringen. Die Wohnung hatte den Nachteil, daß die Alte Untermieter hatte. Ich kam zur verabredeten Stunde und schlüpfte ungesehen in ihr Zimmer. Dort fiel ich in einen tiefen Schlaf. Frühmorgens wurde an die Tür gepocht, mein erster Gedanke war: Polizei! Ich hatte schon den Revolver in der Hand, als ich die Stimme meiner Wirtin erkannte.

„Ziehen Sie sich schnell an! Einer meiner Mieter hat sich heute Nacht erhängt. Man hat schon nach der Polizei geschickt!"

Als ich den Korridor passierte, sah ich die Tür zu dem Zimmer halb offen. In der Ecke hing ein langer, sonderbarer Gegenstand. Das Licht fiel auf sein Gesicht. Ich erkannte den armen Schatz. Er hatte sich aus Furcht vor einer neuerlichen Verhaftung erhängt.

Ich war wieder obdachlos.

Nach langem Suchen erfuhr ich schließlich eine Adresse, wo frühere junge Mädchen wohnten. Ich traf dort Kibaltschitz an. Er war stumm und niedergeschlagen. Ich wußte, daß er an Sablin, Hryniewiecki, Sonja und Jeleboff dachte, an alle, an die er sich auf seine Art fest und strengsklammert hatte. Man ließ uns allein mit unserm Schmerz. Nach einer Stunde stand Kibaltschitz auf und sagte: Ich muß zu Sonja gehen! Ich wollte mit, er schlug es aber ab, zu zweien dürften wir uns nicht sehen lassen, und verschwand.

Hinter der Tür hörte ich ein Schluchzen. Es war die Schwester der Frau des Hauses, welche Kibaltschitz liebte. Es vergingen einige Stunden. Die Tür wurde leise geöffnet und im Zimmer erschien ein junges Mädchen, ich kannte sie vom Sehen.

„Ich habe Angst um ihn!", sagte sie. „Große Angst!"

Es war eine schöne ungewöhnliche Liebe zwischen den beiden. Kibaltschitz kannte und wollte nicht ihr Schicksal an das seine binden. Er schaute auf das junge Mädchen wie aus dem Jenseits. Er kam oft zu ihr und sprach mit ihr über alles, er gab ihr alles, selbst das teuerste was er besaß, allein sich selbst konnte er ihr nicht geben, denn seine Person gehörte der Organisation. Er besuchte sie nun hier auszuruhen.

Sie erzählte mir von ihm — es vergingen Stunden.

Da erschien Wolischok in der Tür. Regungslos blieb sie stehen, schließlich brachte sie mit zitternder Stimme heraus: man hat Sonja und ihn verhaftet! jetzt eben!

Allmählich kamen an diesem Abend die zusammen, die Kitty — so hieß die Geliebte von Kibaltschitz — ließ ihren Kopf hängen und weinte leise ohne zu klagen vor sich hin. den Schiffbruch überlebt hatten. Mitten in Sturm und Not erwuchs jetzt Wera Fingner zu ihrer vollen Größe und während in der Stadt die Polizei wütete, war sie schon an der Arbeit, entwarf neue Pläne und neue Aktionen.

*

Ich bekam den Paß eines französischen Aristokraten, der in Rußland geboren war. Ich sollte die Stimmung der höheren Gesellschaftskreise auskundschaften, auf diesem Fundament wollten wir dann unsere weitere Tätigkeit aufbauen. Ich kam in die Petersburger Salons dank der Bekanntschaft uns nahestehender Personen. Es waren zwar nicht die Salons der allerhöchsten Gesellschaft und doch hatte ich einmal die Gelegenheit einige Stunden mit Pobiedonosceff selbst zuzubringen. Es war im Hause einer alten aristokratischen Dame. Der Dichter und Philosoph Worobieff saß still in einer Ecke. Pobiedonosceff sprach mit der Herrin des Hauses. Die alte Dame bemühte sich, den Philosophen vor den Folgen eines Vortrages, den er an diesem Tage gehalten hatte, zu schützen.

Pobiedonosceff hörte aufmerksam zu ohne zu antworten. Erst nach einer Weile ertönte seine trockene, unangenehme Stimme. Seine Augen glühten in seinem erloschenen Gesicht.

Er machte einen grauenhaften Eindruck:

„Der Kaiser ist nicht Christus!", sprach er. „Er kann nicht der Stimme seines Innern, der Wahrheit folgen. Die Wahrheit ist ewig, das ist ein verborgenes Rätsel. Vor jedem, auch vor ihm. Er ist mehr als ein anderer Diener des Willens Gottes. Er darf nicht schwach sein. Er darf nicht er selbst sein wollen, auf seine innere Stimme hören. Die Wahrheit ist über ihm".

„Er muß sie doch fühlen!", sagte die Dame.

„Die Wahrheit ist blinder Gehorsam. Kein Lebender kann sie. Die Lebenden müssen sich beugen und sie ertragen."

(Fortsetzung folgt.)

Mildes Urteil für die Teutschentaler Arbeitermörder.

Nach tagelanger Verhandlung wurde am Sonnabend vom Schwurgericht Halle das Urteil gegen die Teutschentaler Mordbanditen gefällt. Während der Maiwahlen kam es in Teutschental zwischen Faschisten und Kommunisten zur Auseinandersetzung anläßlich der Wahlpropaganda. Die Faschisten zogen starke Trupps zusammen und veranstalteten eine regelrechte Kommunistenjagd, in deren Verlauf die Genossen Heise und John erschossen wurden.

Mit großer Kaltblütigkeit wurde dieser Mord durchgeführt. Die Faschisten befanden sich nicht in Notwehr; denn sie waren in einer sehr starken Uebermacht gegenüber den Arbeitern.

Trotzdem nun den angeklagten Faschisten, Feldhütern Heine und Hirschfeld und dem Angeklagten Arndt, die Beteiligung an dem Mord durch die Zeugenaussagen klar nachgewiesen wurde, wurde der Feldhüter Heine völlig freigesprochen. Direkt empörend für die Rechtsverhältnisse der Ebert-Republik ist der Umstand, daß der Staatsanwalt die Rolle des Verteidigers der Angeklagten spielte, so daß die Verteidiger der Mordbuben sich auf die Ausführungen des Staatsanwaltes durchweg berufen konnten.

Aber der Gerichtshof verurteilte die Mörder noch milder als der Staatsanwalt. Er sprach die Meuchelmörder Heine, Schröder, Enke, Erfurth, Schossig und Köhler frei. Flurhüter Hirschfeld erhielt wegen des Mordes an den beiden Genossen die lächerliche Strafe von drei Jahren und einer Woche Gefängnis.

Der Angeklagte Arndt kam mit 6 Monaten und einer Woche Gefängnis davon, obendrein wurde ihm noch die Untersuchungshaft von 5 Monaten auf die Strafe angerechnet. Ein anderer Angeklagter Werner erhielt drei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist. Die Angeklagten Steckert und Heine jun. erhielten je 90 Mk. und der Privatförster Jagemann 75 Mk. Geldstrafe!

Das nächste Ziel!

Im Kampfe gegen den Justizterror ist eine Massenmobilisation

der gesamten deutschen Arbeiterklasse

für den Beitritt zur Roten Hilfe-Organisation. Der Kampf für die Generalamnestie und die materielle Hilfe für die 8000 der weißen Justiz

wird durch die Massenorganisation der „Roten Hilfe"

geführt. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin darf gleichgültig beiseite stehen und es zulassen, daß die besten proletarischen Kämpfer in den Zuchthäusern zu Grunde gerichtet werden. Nur durch den Massenaufmarsch aller Ausgebeuteten und Unterdrückten

erkämpft

das deutsche Proletariat die Freilassung der unzähligen Opfer der republikanischen Justizschmach.

Darum werdet sofort Mitglieder der „Roten Hilfe"!

Zeitung" bringt über dieses Urteil ihr helles Erstaunen zum Ausdruck. Wenn man bedenkt, daß Kommunisten wegen der geringfügigsten Bagatellen (Besitz eines Revolvers oder einer Handgranate, von der man nicht einmal weiß, ob sie scharf geladen war), zu jahrelangen Zuchthausstrafen verurteilt werden, und sich dieses Urteil vergegenwärtigt, so ist jedes Wort einer Charakterisierung dieser Mord- und Blutjustiz völlig überflüssig.

Das Gesicht der schwarz-rot-goldenen Demokratie spiegelt sich am drastischsten in dieser Henkerjustiz wieder. Wann wird endlich das deutsche Proletariat diesen Saustall der Justiz ausmisten?

Das Justizverbrechen von Halle, der Haarmann-Skandal in Hannover, die Begnadigung des Oberlappisten Jagow durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert müssen die gesamte deutsche Arbeiterschaft alarmieren. Jetzt muß mit erhöhter Kraft der leidenschaftlichste Kampf gegen die republikanische Henkerjustiz geführt werden!

Ein Demokratenblatt gegen Unterdrückung der SAZ.

Der Terror gegen die „Arbeiter-Zeitung", die dauernden Prozesse, die aus den nichtigsten Anlässen, die ein Sozialdemokrat, der Oberpräsident Zimmer, erläßt, stoßen nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern sogar in Demokratenkreisen auf scharfen Protest. So veröffentlicht die „Freie Meinung" des Herrn Fleischmann-Breslau folgende Zuschrift:

Gestatten Sie mir als einem Demokraten und langjährigem Leser Ihres geschätzten Blattes ein paar Zeilen!

Ich schicke voraus, obwohl es selbstverständlich ist, daß ich sowohl ein Gegner der Sozialdemokraten, als auch der Kommunisten bin. Ich spreche nicht allen Kommunisten den Idealismus ab und gebe zu, daß ihr Ziel für jeden Menschen etwas Verlockendes an sich hat. Jedoch lehne ich das Mittel der Gewalt grundsätzlich ab. Soweit sich aber die Kommunisten auf friedliche Propaganda beschränken, ist es unsere Pflicht, ihnen Agitationsfreiheit zu gewähren.

Ab und zu lese ich die „Schlesische Arbeiterzeitung" wie auch völkische und sozialdemokratische Blätter. Es interessierte mich die Stellung der Kommunisten zur Barmataffäre zu erfahren. Ich las nun in der „Arbeiterzeitung" zu meinem Erstaunen, daß führende Sozialdemokraten wie Heilmann, Ebert jun. und der Schwiegersohn von Ebert leitende Stellen (Aufsichtsrat- und Privatsekretärposten) im Barmatkonzern bekleideten. Ich glaube allerdings, daß den Sozialdemokraten diese Enthüllungen sehr unangenehm waren, aber das darf doch kein Grund zu einem Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung" sein, wenn nirgends republikanische Gesetze von ihr überschritten werden. Der Oberpräsident Zimmer jedoch macht aus dem Republikschutzgesetz ein Gesetz zum Schutze der Sozialdemokratie. Obwohl der Reichspräsident in dem betreffenden Artikel gar nicht angegriffen war, sondern nur der Sohn, erklärte er die Aufdeckung dieses Skandals für eine Beleidigung des Reichspräsidenten und verbot das Blatt auf acht Tage.

Ich muß als ehrlicher Demokrat sagen: Das ist schlimmer als es in der Monarchie war! Der Majestätsbeleidigungsparagraph wurde nicht so schroff angewandt, als der Oberpräsident Zimmer das Republikschutzgesetz zu Gunsten von Eberts Sohn anwendet. Wenn die Kommunisten gegen Gesetze verstoßen, soll man mit aller Schärfe gegen sie einschreiten. Derartige ungerechtfertigte Verbote jedoch liefern nur Wasser auf ihre [illegible]

Dr. [illegible]

Sozialdemokratisch-bürgerl. Verwaltungsskandal.

Ungeheure Korruption in der preußischen Domänenverwaltung.

(Fortsetzung und Schluß.) Von Karl Schulz.

Die wilde Steigerung der Inflation brachte es schließlich soweit, daß große umfangreiche

Domänen nur einen Teelöffel voll Mehl

und weniger dem preußischen Staat einbrachten. Noch 1923, so lese ich in einer Drucksache des Landtags, bestanden folgende Pachten:

Domäne	Umfang	Gesamtzahl:	pro Hektar
Walmirstadt (Rg. Bez. Magdeburg)	696 Hektar (2784 Morgen)	86 856	Mk. 125,00
Gottesgnaden Reg.-Bz. Magdeb.	828 „ (3312 „)	86 600	„ 112,00
Adl.-Borken (Reg. Bez. Allenstein)	679 „ (2716 „)	14 050	„ 21,00

Auch das sind nur kurze Beispielsangaben, die erweitert werden können.

Viele Tausende Morgen umfassende Remontedomänen brachten dem Staat 15,10, ja mitunter nur wumpige 7 Papiermark pro Hektar an Pachtertrag.

Als der Dollar durch die Inflationskünste der Spekulationsgeier in die Millionen, Milliarden und Billionen sprang, war selbst ein Teelöffel voll Mehl ein unerreichbares Pachterträgnis. Wer sich bei soviel Unglück trösten will, dem ist Gelegenheit geboten. Die für den Staat so ertraglosen Remontedomänen belieferten allerdings dafür die Herren Offiziere unserer herrlichen Reichswehr mit billigen Reitpferden. Daran erbaue sich wer mag und kann.

Langsam nur setzte sich die Domänenverwaltung in Bewegung, um den riesenhaften, ständig wachsenden Pachtverlusten des Staats durch allmähliche Einführung von Naturalpacht (Roggenpacht) entgegenzuwirken. Aber auch hierbei kam sie ihren Günstlingen liebevoll, schonend entgegen. Ueber 60% (!!!) der in Roggenwert umgerechneten Friedenspacht wollte das preußische Landwirtschaftsministerium bei Pachtzinsänderungen nicht hinausgehen. Doch die verhätschelten Lieblinge der Domänenverwaltung wurden wild über diesen Angriff auf ihren Profit — wie schwach er auch war —. Durch ihre Organisation, den preußischen Domänenpächter-Verband ließen sie erklären, daß sie **keineswegs mehr als 30 Prozent** der zu Roggenwert verrechneten Friedenspacht — wie empörend gering sie auch war — zahlen könnten. Nun ging ein endloses Schachern los, bei dem der abgefeimteste Handelsjude neben diesen deutschnationalen und völkischen Großagrariern als Geschäftsstümper erscheint. Um Viertel- und Zehntelpfunde, ja fast um gezählte Roggenkörner wurde gehandelt und gefeilscht.

Wir leben in der erhabendsten und „freisten Demokratie" — des Schachers. Das ist wahr. Ebert und Leinert bezeugen es. Wer's denn noch nicht glaubt, der sehe auf das leuchtende Beispiel, das der Demokrat und Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Herr Dr. Wendorf, gegeben hat. Wendorf wurde des langen Feilschens mit den Pächtern der Staatsdomänen überdrüssig. Er besann sich auf die demokratischen Grundsätze und stellte wohl folgende Ueberlegung an: „Wir leben in der freisten Demokratie. (Sehr schön!) Die Domänenpächter wollen nicht zahlen. (Weniger schön!) Das ist aber ihr demokratisches Recht in dieser kapitalistischen Republik, in der kein Kapitalist zahlen will. Ich bin als Minister und Einzelperson nur eine hoffnungslose Minderheit gegenüber meinen 800 Domänenpächtern im preußischen Domänenpächter-Verband. (Tiefe demokratische Wahrheit!) Gute Preußen sind wir alle. (Natürlich!) Ich als Minister muß aber vor allem auch ein wahrhafter Edeldemokrat sein. (Sehr wahr!) Folglich beuge ich mich der kompakten Domänenpächtermajorität. (Bravo! tönt es aus allen Pächterkehlen, während die festen Bäuche vor Freude wackeln).

In diesem Sinne legte Dr. Wendorf unter voller Zustimmung seiner Kollegen —

Braun — Richter — Severing

und der übrigen Mitglieder des preußischen Kabinetts, den Konflikt mit den Pächtern bei. Dem Protokoll des Hauptausschusses des Preußischen Landtages vom 1. September 1926 entnehme ich folgende Ziffern:

Für 274 000 Hektar verpachteten Domänenlandes hat der Staat im Jahre 1924 einen Pachtertrag von 6 Millionen Mark.

Auf den Hektar also 22 Mark Ertrag.

Vom Staat selbstbewirtschaftete Domänen — 3816 ha — brachten einen Ueberschuß von 142 000 Mark,

je Hektar 37 Mark,

also 15 Mark vom Hektar mehr als das Domänenpachtland. Das sind die amtlichen Ziffern des preußischen Domänenetats für 1924. Sie zeigen eine

unerhörte Verwaltungskorruption!

(Eine Günstlingswirtschaft ohnegleichen!)

Nachdem der Sozialdemokrat Otto Bauer von 1918 bis 1920 volle zwei Jahre das preußische Landwirtschaftsministerium dirigierte, mußte er in der verfassungsgebenden preußischen Landtagsversammlung von seiner und seiner wilhelminischen Vorgänger-Tätigkeit auf dem Gebiete der Domänenpachtpolitik eingestehen:

„Der wertvollste Staatsbesitz ist zu Pachtsummen den Großagrariern gegeben, die die Empörung weitester Kreise auslöst."

Die „Empörung weitester Kreise" hat Braun und seine Komplizen noch nicht von der politischen Bildfläche hinweggefegt. Seit dem November 1921 — volle drei Jahre! — ist der Ministerpräsident Braun mit dem Demokraten Dr. Wendorf unter Mithilfe seiner sozialdemokratischen Ministerkollegen Siering und Severing in Preußen ernannt am Koalitionswerke. In dieser Zeit haben wir den

in der Agrarpolitik aller Länder beispiellosen Inflations-Domänenpachtskandal

erlebt.

Der „wertvollste Staatsbesitz" konnte mit Duldung der Regierung und der bürgerlich-sozialdemokratischen Landtagsmehrheit über alle Maßen schamlos ausgeraubt und geplündert werden, indes Millionen Existenzen entwurzelt wurden, Hunderttausende buchstäblich verhungerten. Nicht genug damit!

Drei Jahre preußischer Koalitionspolitik brachte es dahin, daß die Pacht für den „wertvollsten Staatsbesitz" gegenüber dem empörend geringen Pachtzins von 1920 auf weniger als die Hälfte zugunsten der fetten Domänenpächter herabgesetzt wurde.

1918/1920 waren von der wilhelminischen Zeit her die Durchschnittspachtsätze 46 Mark pro Hektar Domänenland. 1924 haben es die sozialdemokratisch-demokratischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten schandbarerweise so weit gebracht, daß der Durchschnittspachtsatz eines Hektar Domänenlands auf 22 Mark steht! Soviel republikanischen Segen haben die schwarz-weiß-roten Domänenherren wohl in ihren kühnsten Träumen nicht erhofft!

Fort mit dieser Republik, die aus allen Poren Korruption schwitzt.

Was den großagrarischen Domänenpächtern ein fetteter Segen war, das brachte ungezählten Kleinbauern unerträglichen Pachtwucher, zahllosen Armen Lebensmittelnot, Hunger und Tod.

Das Staatsland zu einer großzügigen Lebensmittelproduktion verwendet, seine Erträgnisse zur schärfsten Preispolitik im Interesse der Armen benutzt, hatte unendlich viel Not und Leid gelindert. Das werktätige Volk kann nur im erbarmungslosesten Kampf um die Macht das Gesetz, das sich am Staatsgut auf Kosten der Armen bereichert, niederwerfen. Eine planmäßige Nutzung des Bodens setzt voraus die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Kaltstellung der großen Pächter. Proletarier, Werktätige, wirft die bürgerlich-sozialdemokratischen Verbündeten der großagrarischen Reaktion nieder!

Grabowski über Sowjetrußland.

In der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung" schreibt Dr. A. Grabowski über die neue Lebensform in Sowjetrußland:

„In der Wurzel ist dieser Staat vollkommen ethisch, weil schließlich alles unter dem Motto steht, weg mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Höherführung des Proletariats und damit der Menschheit."

Ueber die proletarische Diktatur schreibt Grabowski:

„Es ist nicht richtig, daß Diktatur über die Arbeiter ausgeübt wird."

Man vergleiche die Ausführungen des bürgerlichen Schriftstellers mit dem, was die sozialdemokratische Presse Tag für Tag über Sowjetrußland schreibt.

Veränderungen in den Sowjetverwaltungen.

Das Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Sowjetunion ernannte den bisherigen Volkskommissar für Innenhandel Leschawa zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, d. h. Rykows. Scheinmann ist zum Volkskommissar für Innenhandel ernannt. Leschawa war 1919 bis 1920 Vorsitzender der Zentrosoiuz, 1921 Stellvertreter des Volkskommissars für Außenhandel. Scheinmann war 1919 Stellvertreter des Volkskommissars für Finanzen, 1920 finanzieller Attaché in Schweden, 1921 Direktor der Staatsbank und kürzlich Mitglied der Sowjetdelegation bei den Verhandlungen in Großbritannien.

*

Der Rat der Volkskommissare beschloß, das Kapital der Staatsbank von 50 Millionen auf 100 Millionen zu vergrößern.

Steigende Löhne der Techniker in Rußland.

In seinem Bericht über die wirtschaftliche Lage der Techniker führte Genosse Handler aus, daß der Reallohn der Ingenieure in 1923-24 sich bedeutend gehoben hat. In der Textilindustrie erhöhte sich der Durchschnittslohn der Ingenieure auf 151 Rubel (etwa 300 Mark), in der Hüttenindustrie auf 130 Rubel, in der chemischen Industrie auf 185—190 Rubel (etwa 400 Mk.).

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der Reallohn der Ingenieure in Rußland um 50 Prozent den der deutschen angestellten Ingenieure übersteigt.

Die Lage der chinesischen Truppen in Mongolei verschlechtert sich weiter. Die Garnison von Urganer Kobir ist in die Hände der Chinesen [illegible]

Russischer Protest gegen amerikanische Provokation.

Die bürgerliche Presse meldet:

Der Rote Diplomat Sowjetrußlands, Tschitscherin hat an die Regierung der Vereinigten Staaten eine äußerst scharfe Note gerichtet, worin er sich den unerlaubten Aufenthalt amerikanischer Kriegsfahrzeuge in russischen Hoheitsgewässern (in Sibirien) energisch verbittet und für den Wiederholungsfall aktive Abwehr androht.

*

Man vergleiche die hündische Sprache Deutschlands gegenüber der Entente mit der stolzen, selbstbewußten Sprache Sowjetrußlands gegenüber den Kapitalistenstaaten. Diese Sprache Rußlands ist die beste Antwort auf die menschenfressischen Lügen von einer Kapitulation der Bolschewiki vor dem ausländischen Kapital.

Die Neger für die Komintern.

In Moskau ist eine Abordnung von Negern aus den verschiedensten afrikanischen Kolonien eingetroffen. Die Vertreter der Kolonialvölker erklärten, daß sie eingesehen haben, daß die Komintern die einzige Organisation ist, die die Interessen aller Unterdrückten vertritt. Die Moskauer Arbeiterschaft begrüßte ihre schwarzen Genossen feierlich.

Krach im polnischen Parlament.

Anläßlich eines Antrags, einen kommunistischen Abgeordneten den Gerichten zu überliefern, kam es im polnischen Parlament zu stürmischen Szenen. Die kommunistischen Abgeordneten zogen schließlich mit dem Gesang revolutionärer Lieder aus dem Plenum. Die ukrainischen Abgeordneten verließen auch den Sitzungssaal und sangen ihre nationalen Weisen.

Englische Sozialdemokraten über Estland.

Das Zentralorgan der englischen Sozialdemokraten, der „Daily Herald", berichtet von dem Revaler Aufstand, daß er kein organisierter revolutionärer Aufstand, sondern ein Ausbruch der Verzweiflung der estländischen Arbeiter gewesen sei. Die monatelange Unterdrückung der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, die Verhaftung fast aller Gewerkschaftsführer haben diesen gewaltsamen Verzweiflungsausbruch veranlaßt.

Der estnische Aufstand dehnt sich aus. Die Regierungs-

Können die Bergarbeiter ohne Kampf auskommen?

Die letzten Tage haben in allen Bergbaurevieren Deutschlands gewisse Schiedssprüche gebracht. Diese Schiedssprüche bilden den vorläufigen Abschluß jener großen Lohnbewegung, die in den Bergbaurevieren bereits monatelang im Gange sind. Das Charakteristische der Lohnbewegungen war ihr ruhiger Verlauf. Der Drang der Massen ging noch nicht soweit, um die Gewerkschaften zur Vorbereitung und Organisierung von Kämpfen zu zwingen.

Wie sehen die Ergebnisse dieser kampflosen Lohnbewegungen aus? Nach wochenlangen Verhandlungen stehen heute die Ruhrbergarbeiter vor einem Schiedsspruch, der die Löhne um 5 bis 8 Prozent erhöht, aber die Lohnspanne vergrößert, die Randzechen preisgibt und die verlängerte Arbeitszeit auf drei weitere Monate festsetzt.

Im niederschlesischen Steinkohlenbergbau bewilligt der Schiedsspruch eine dreiprozentige Lohnerhöhung und erklärt offen heraus, daß im Falle der Zustimmung zu einer weiteren Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich für die Dauer von mindestens drei Monaten eine Erhöhung der Löhne um 8 Prozent gewährt werden könnte. — Im sächsischen Steinkohlenbergbau gewährt der Schiedsspruch gleichfalls eine Lohnerhöhung von drei Prozent. — Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau tritt ab 1. Januar der tariflose Zustand ein, weil die Arbeitgeber jede Erhöhung der Löhne ablehnen und die Verlängerung der Arbeitszeit im Tarifvertrag auf 12 Stunden täglich verlangten. — Im bayrischen Kohlenbergbau haben die Arbeitgeber in freier Vereinbarung die Lohnerhöhung von 8 Prozent bewilligt als Gegenleistung für den Verzicht der Gewerkschaften auf eine Kündigung des Arbeitszeitabkommens. — Im linksrheinischen Braunkohlenbergbau ist unter denselben Bedingungen durch freie Vereinbarung eine Lohnerhöhung um 8 und 7 Pfg. pro Stunde erzielt worden. Im Mansfeldbergbau bewilligt der Schiedsspruch eine Lohnerhöhung von 5 Prozent an Stelle der geforderten 20 Prozent. — Im rechtsrheinischen Erzbergbau wurde in freier Vereinbarung erreicht eine Lohnerhöhung von 7 Prozent an Stelle der 10prozentigen Lohnerhöhung des vorher gefällten Schiedsspruches, der von den Unternehmern abgelehnt worden ist.

Welche Tendenzen zeigen im allgemeinen diese Verhandlungsergebnisse? Wir sehen erstens, daß eine Preiserhöhung von 30 bis 40 Prozent, d. h. eine Erniedrigung des Lebensstandards in demselben Verhältnis einer Lohnerhöhung von 8 bis höchstens 9 Prozent entspricht; zweitens, daß auch diese Lohnerhöhung fast in allen Gebieten nur durch die weitere Verpflichtung zur Leistung der verlängerten Arbeitszeit erreicht werden konnte.

Die Unternehmer verhandeln ja mit den Gewerkschaftsspitzen eigentlich gar nicht. Es ist nur ein Schein von Verhandlungen. Die Unternehmer diktieren sie diktieren und zwingen ihre Forderungen auf. Und das können sie nur, weil hinter den verhandelnden Gewerkschaftsspitzen keine Kampfbereitschaft der Gewerkschaftsmassen steht, nur weil diese Gewerkschaftsspitzen den Hauptgrundsatz einer jeden Verhandlung mit dem Feinde völlig außer acht lassen, nämlich daß man Verhandlungen nur erfolgreich führen kann, wenn man zum Kriege rüstet. Würden die Gewerkschaftsspitzen, ehe sie sich an den Verhandlungstisch begeben, die Gewerkschaftsorganisationen zum Kampfe vorbereiten, auf den Kampf einstellen, dann könnten — vielleicht auch ohne Auslösung des Kampfes — in Verhandlungen die Forderungen der Gewerkschaften erzwungen werden. Genügende Beweise bietet uns das Jahr 1923, wo zwar ohne ihr Hinzutun, ja gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen die Massen den Kampf vorbereiteten, in den Kampf eintraten und so die Unternehmer auf die Knie zwangen.

Die in den letzten Tagen gefällten Schiedssprüche bedeuten für den deutschen Bergbau unter keinen Umständen den Abschluß der monatelangen Lohn- und Arbeitszeitbewegung.

Die Kampfstimmung der Bergarbeitermassen steigert sich. Schwere Kämpfe stehen bevor und müssen organisiert werden. Die revolutionären Bergarbeiterfraktionen müssen die Gewerkschaftsmassen dazu bringen, die Gewerkschaftsbürokratie zur Organisierung dieser Kämpfe zu zwingen.

Aber das wird nicht genügen. Die Gewerkschaftsmassen müssen durch eifrigste Werbung unter den Unorganisierten ihre gewerkschaftlichen Positionen stärken. Und zugleich muß alles darum gesetzt werden, die Gewerkschaftsbürokratie, die die Vorbereitung der Kämpfe sabotiert, bei den nahenden Ortsverwaltungswahlen durch Leute zu ersetzen, die es als ihre gewerkschaftliche Lebensaufgabe betrachten werden, die gewerkschaftlichen Organisationen immer kampfbereit zu erhalten und wenn notwendig, auch in Kämpfe zu führen.

Und noch eine wichtige Aufgabe tritt dazu. Will man die deutschen Unternehmer zu rascher Bewilligung der Arbeiterforderungen zwingen, so muß man deren Unterstützung durch die ausländischen Unternehmer verhindern. Die deutschen Bergbaukumpels dürfen nicht durch Streikbruch der englischen, belgischen, polnischen und französischen Bergarbeiter geschlagen werden. Hier entrollt sich die ganze Bedeutung der **internationalen Gewerkschaftseinheit.** Wird diese Einheit hergestellt, wird der Widerstand der deutschen Gewerkschaftsführer gegen ihre Herstellung gebrochen, dann erhält die deutsche Bergarbeiterschaft in der gewerkschaftlichen Bergarbeiterinternationale ein mächtiges Instrument, welches ihr in allen Kämpfen zum Siege wird verhelfen können.

30 Proz. der Breslauer Metallarbeiter für revolutionäre Führung

Bericht von der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes Breslau.

Am 15. Dezember tagte im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes Ortsgruppe Breslau. Der Besuch der Versammlung war im Verhältnis zur vorher stattgefundenen ein guter.

Auf der Tagesordnung standen die Punkte.

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Kollege Hanske als 1. Bevollmächtigter sprach zum 1. Punkte der Tagesordnung. Hanske mußte in seiner ¾stündigen Rede eingestehen, daß es der Verwaltung im verflossenen Jahre nicht gelungen war, das bei Lohnverhandlungen herauszuholen, was man sich vorgenommen hatte. Die Schuld liegt nach der Meinung von Hanske nicht in der schlechten Führung des Metallarbeiter-Verbandes, sondern in den elenden Wirtschaftsverhältnissen. Lohnforderungen mußten gestellt werden, da die Preise für Lebensmittel in die Höhe gingen. Es gelang, die Löhne in den Spitzen um 44 % zu erhöhen. Eine Senkung des Reallohnes hat eigentlich nicht stattgefunden. Auch die Lohnsätze der Lehrlinge sind erhöht worden. Eine Reihe Streiks und Aussperrungen wurden durchgeführt, die in den meisten Fällen von Erfolgen begleitet waren. Hanske geht dann auf das Arbeitszeitgesetz und den Achtstundentag ein. Die Arbeiterschaft war zu schwach, um die Positionen zu erhalten. Ein Kampf nach dem andern brach unter den Schlägen der Unternehmer zusammen. Eine starke Schädigung erlitt die Bewegung durch die Agitation der Kommunisten in Betrieben. Das Vertrauen der Führerschaft wurde stark untergraben. Der Redner ging dann auf das Flugblatt der Opposition ein, das dieselbe zur Generalversammlung herausgegeben hatte und welcher scharf zu den Verrätereien der Leitung des Verbandes Stellung nahm. Unter stürmischen Zwischenrufen macht Hanske die klägliche Feststellung, „daß es nicht ganz stimmt" wenn in dem Flugblatte gesagt wird, daß er für 2 Pfennige Lohnerhöhung den Achtstundentag verkauft hat.

Hanske ging dann auf die Reparationen ein und sagte, daß die Unternehmer keine Lust haben, die Lasten des Londoner Abkommens zu tragen. Jeder Kollege muß deshalb im Betrieb Kleinarbeit leisten, damit der Verband wieder groß und stark wird und so in die Lage kommt, die Interessen der Arbeiter mit Erfolg zu vertreten.

Das dreiviertelstündige Referat des ersten Bevollmächtigten war ein leeres Gestammel und aus allen Worten klang die Unfähigkeit, aus der bestehenden Krise einen Ausweg zu finden.

Anschließend an den Geschäftsbericht gab Kollege Ruppel den Kassenbericht.

Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer Entlastung.

Kollege Hanske schritt nun zur Diskussion über die beiden Berichte und gab dem Kollegen Smolka von der Opposition das Wort.

Smolka ging auf die Ausführung von Hanske ein und stellte die Frage, ob die Ortsverwaltung alles getan hat was im Interesse der Arbeiterschaft lag? Derselbe meinte, daß diese Frage zu verneinen ist.

Die Ortsverwaltung hat es versäumt, die einzelnen kleinen Kämpfe zusammen zu schließen, somit waren sie von vornherein zur Niederlage verurteilt. Ebenso steht es doch für jeden fest, daß der Reallohn tatsächlich gesunken ist. Man kann nicht wie Hanske sagen, der Lohn ist nicht gesunken, weil er so und soviel Prozent gestiegen ist, sondern man muß denselben mit dem Steigen der Lebensmittelpreise vergleichen.

Das Arbeitszeitgesetz ist nur möglich, weil die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer für das Ermächtigungsgesetz stimmten.

Ferner müssen mehr Anstrengungen gemacht werden, um die bestehenden Berufsvereine zu Industrieverbänden zusammen zu schließen.

Die Mitgliederschaft darf sich keinen Illusionen hingeben **von der reformistischen Leitung wird niemals eine konsequente Arbeiterpolitik betrieben werden, deshalb muß die Metallarbeiterschaft dafür sorgen, daß eine revolutionäre Führung an die Spitze kommt.**

Als nächster Diskutierredner sprach der 2. Bevollmächtige Menzel. Derselbe ging in einer ganz demagogischen Weise gegen unseren Genossen Smolka vor und versuchte denselben durch persönlich Anwürfe bei den Mitgliedern in ein schlechtes Licht zu setzen, was ihm aber nicht gelang. Die Versammlung war zeitweise sehr erregt über das verleumderische Vorgehen von Menzel. Ein eingelaufener Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Hanske schritt nur zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Die vier Angestelltenposten sollen ausgeschrieben werden, damit erstklassige Kräfte nach Breslau kommen. Hanske gibt offen zu, daß das Vertrauen zur bestehenden Ortsverwaltung erschüttert ist und daß deshalb die Angestellten zurücktreten. Die revolutionäre Opposition hatte eine eigene Liste eingereicht. Da jedoch die sozialdemokratischen Mitglieder nicht mehr den Mut besaßen ihre kompromitierten Führer vorzuschlagen, gab Kollege Smolka die Erklärung ab, daß die Opposition sich dem Vorschlag der Vertrauensleute anschließt und dafür ist, daß die besoldeten Stellen ausgeschrieben werden.

Es wurden also nur die Revisoren und Beisitzer gewählt.

Die Abstimmung ergab für die revolutionäre Liste 30 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde beschlossen, den Erwerbslosen-, Ausgesteuerten- und Invaliden-Mitgliedern eine Weihnachtsspende zu geben.

Das Ergebnis der Generalversammlung ist hauptsächlich, daß die Breslauer Metallarbeiter endlich erkannt haben daß sie von ihren Führern in den vergangenen Jahren verraten wurden.

Es war diesmal der reformistischen Führerschaft nicht möglich, sich als die wahren, echten Vertreter zu präsentieren. Die Metallarbeiter müssen und werden auch noch zu der Erkenntnis kommen, **daß es sich nicht um einen Personen-, sondern um einen Systemwechsel** handelt. Die Metallarbeiter haben es abgelehnt, die alten vertrockneten Führer an ihrer Spitze zu dulden. Damit schreitet die Generalversammlung ein Schritt vorwärts.

Unsere Genossen müssen nun in den Betrieben die Arbeiter aufklären, daß mit dem Absagen der alten Führer keine wesentliche Aenderung in der Lohnpolitik eintritt, sondern daß nur auf revolutionärem Wege bessere Verhältnisse erkämpft werden können. Mehr als bisher müssen unsere Genossen gemeinsam mit den sympathisierenden Kollegen in den Betrieben revolutionäre Kleinarbeit leisten. Der letzte Arbeiter muß in die Gewerkschaft geholt werden. Der Vertrauensmännerkörper muß von den revolutionären Elementen beherrscht werden, damit bei der nächsten Generalversammlung eine revolutionäre Ortsverwaltung gewählt werden kann, die dann **gemeinsam mit den Arbeitern im Betrieb höhere Löhne und menschenwürdige Verhältnisse erkämpfe.**

Rücksichtsloses Vorgehen der Grubenbeamten.

Weißstein — Fuchsgrube.

In der Woche vom 1. bis 7. Dezember erfolgte in der Badestube des Julinschachtes in Weißstein die Bekanntmachung, daß am Sonnabend, den 6. Dezember, sämtliche Arbeitskleidung mit nach Hause genommen werden muß, wegen Reinigung der Badestube. Diese Bekanntmachung ist von einem Teil der Kumpels übersehen worden und andere, die krank feierten, Urlaub hatten waren nicht in der Lage, ihre Arbeitskleidung am Sonnabend mit nach Hause zu nehmen. Trotzdem der Direktion bekannt ist, daß die Bergarbeiter nur noch Lumpen zum Arbeiten haben, wurden die Sachen von den Wiederholen heruntergeworfen und in den Grubenhof hinter die Badestube über einen Haufen geschmissen. Als am Montagmorgen die Kumpels kamen fanden sie ihre Sachen in nassem und dreckigem Zustande im Hofe liegen so daß sie wieder nach Hause gehen mußten. Während der Mittag- und Nachschicht sind die Sachen gestohlen worden. So wird mit den Bergarbeitern nach 6 Jahren Revolution verfahren. Durch dieses Vorgehen sind zu wieder einer ganzen Reihe von Kumpels die Augen geöffnet worden, die den weißfüßiger Herrchen bei Gelegenheit die Quittung geben werden. Ein Arbeiter muß von dem „hohen" Lohn von 3,84 bis 4,20 Mark noch Arbeitskleidung kaufen. Wundert euch also nicht, wenn die Kumpels genau so rücksichtslos sein werden wenn es heißt, Aufsätze anlegen, Brüche aufräumen, Ueberschichten verfahren usw. Die Kumpels werden sich den Ruhrbergarbeitern anschließen und den Kampf mit ihnen aufnehmen.

Das ist die beste Quittung für die fremden Morgenröter.

Das Eisenbahnausbesserungswerk Opprin als Knochenmühle und Todesanstalt.

Unter obiger Ueberschrift fand im Oktober d. J. ein Artikel dieser Zeitung, welcher die unsicheren und unhaltbaren Zustände und vor allen Dingen das Antreibersystem im hiesigen EAW. beleuchtete und vom Oppriner Stadtanzeiger ein Einschreiten gegen das EAW. verlangte.

Dieser Artikel und eine Betriebsversammlung hatten sehr viel Staub aufgewirbelt. Man versuchte daraufhin, den kommunistischen Betriebsrat welcher der Artikelschreiber sein sollte, zu beseitigen. Einige Bäume, darunter der Herr Appel, waren ziemlich kompromittiert und glaubten durch eine Beseitigung des Betriebsrats ihre Standesehre (sage Himmel) wieder zu rehabilitieren.

Aber es kam nicht dazu. Das einzige, was man gegen den vermeintlichen Artikelschreiber aufbringen war, daß man ihm keinen Strohhalm gab, wie so vielen anderen Betriebsräten??? sondern daß er jetzt jeden Tag drei Stunden beim Transportier arbeiten muß. Damit glaubt man, seine Tätigkeit als Betriebsrat zu behindern.

An den kaum jetzigen Zuständen hat sich bis auf den heutigen Tag sehr wenig geändert. Der Staatsanwalt ist auch nicht erschienen denn es sind ja keine Kommunisten oder revolutionäre Arbeiter die er verurteilen müßte, sondern Anhänger des Ausbeutersystems.

Auch die Anwesenheit des Präsidenten der Direktion, welcher einmal 5 Minuten lang im EAW. weilte (länger konnte er es wahrscheinlich nicht aushalten, da hier keine indische Parfümluft ist und die Kollegen im Arbeitskittel ihm viel zu schmutzig vorkommen) änderte absolut nichts an diesen Zuständen. Es wird im Gegentheil von Tag zu Tag immer schlimmer.

Jeder Kollege bezahlt direkt mit Angst diese Knochenmühle, denn zu der brutalen Ausbeutung und Auspressung, welche jetzt an den Kollegen vorgenommen wird, kommt noch hinzu, daß man gewärtig sein muß, jeden Augenblick mit zerschlagenen Gliedern herausgetragen zu werden.

Die Unsicherheit hat sich dermaßen gesteigert,

daß vom 10. Oktober bis zum 16. Dezember d. J. 80 Unfälle

darunter zwei Todesunfälle zu verzeichnen sind. Das letzte Todesopfer ist der Kollege Edmund Steuer im Alter von 26 Jahren, welcher eine Frau mit einem Kinde hinterläßt und welche die Niederkunft kaum hinter sich hat. Trotzdem man auf den ersten Moment sieht, wer hier eigentlich der Schuldige ist, versucht man dem vom Unfall Betroffenen Selbstverschulden zuzuschreiben, ja sogar Faulheit und Fahrlässigkeit zu konstruieren.

Jeder Prolet und Kollege ist wohl gut genug, jahrein jahraus gesunden und ausgebeutet zu werden, geschieht aber dann etwas, so findet sich niemand, der den Angehörigen etwas Unterstützung gibt.

Kollegen vom EAW. merkt Euch, daß die Frau des Verunglückten zweimal an die Unfallstelle und in den Betrieb kam, arm, verlassen, ihres Mannes beraubt und wie sie absolut von niemanden beachtet wurde, weil sie ja eben nur die Frau eines Arbeiters war. Ihr müßt begreifen, daß der Kampf, den die Kommunisten und Betriebsräte gegen dieses kapitalistische Ausbeutungssystem gegen die heutige Herrschaftsklasse führen, daß dieser Kampf von allen Kollegen geführt werden muß und daß erst in einem Arbeiterstaat der Arbeiter die Achtung genießt, die ihm gebührt.

Das Breslauer freigewerkschaftliche Jugendkartell für die Einheit der Gewerkschaften, gegen Wahlaufruf des ADGB.

Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Jugendkartells befaßte sich in einer Sitzung mit den Fragen der Einheit der Gewerkschaften. Nach eingehenden Debatten über die Lage der Arbeiterklasse und nach [illegible] der Sabotage der Einheitsfront durch die deutschen Gewerkschaften, sah sich der Vorstand gezwungen, folgende Resolution zu fassen. Dieselbe wurde mit 4 gegen 2 Stimmen angenommen.

Resolution.

Jetzt in diesem Augenblick gerade, ist die Frage der internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung in ein neues Stadium getreten. Die immer mehr ihre Unüberbrückbarkeit offenbarenden Klassengegensätze machen die Gewerkschaftseinheit zur Lebensfrage für das Weltproletariat. Durch das russisch-englische Komitee ist die Plattform für eine günstige Weiterentwicklung dieser Lebensfrage geschaffen worden und bald wird der Tag kommen, wo sich nicht nur unsere russischen und englischen Genossen mit aller Kraft dafür einsetzen, sondern wo alle ehrlichen Gewerkschaftler aller Länder die Hand zur Einheit reichen werden. Doppelt verhängnisvoll und doppelt gefährlich müssen deshalb die in der Wahlzeit von führenden deutschen Gewerkschaftsinstanzen erlassenen Wahlaufrufe und manche sonstigen Machenschaften wirken.

Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Breslau sieht in dem Wahlaufruf des ADGB. mit seiner einseitigen Parteistellung und seiner Aufforderung zur „sozialdemokratisch" zu wählen, ein offenes Verlassen des so oft betonten sogenannten politischen Neutralitätsstandpunktes sowie die deutsche Terminierung anders eingestellter Kollegenkreise. Dieses alles trifft bei den vom Vorstand des Afabundes erlassenen Wahlaufruf ebenfalls zu. Verschärfend kommt hierbei noch die Aufforderung hinzu, nur republikanische Parteien zu wählen.

Diese Aufforderung bedeutet ein Verlassen des Klassenkampfstandpunkts und Uebergang zum Feinde — dem Kapital.

Außerdem wenden wir uns mit aller Schärfe gegen die jeder ehrlichen Verteidigung hohnsprechende Verwendung von Gewerkschaftsgeldern zum Zwecke der Unterstützung der Wahlpropaganda der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und fordern schärfste Untersuchung dieser Fälle sowie Entfernung der verantwortlichen Gewerkschaftsangestellten.

Bei der Beurteilung dieser Vorkommnisse muß unbedingt das gesamte Proletariat auf das schwerste schädigende Wirkung auf die Einheitsbewegung in Betracht gezogen werden. Im Zusammenhang damit wenden wir uns an alle Gewerkschaften, an alle klassenbewußten Proletarier, an den ADGB., an den Afabund, sofort Schritte zu unternehmen, zur Schaffung einer einheitlichen, internationalen, parteipolitisch neutralen, den Klassenkampf mit aller Schärfe führenden Gewerkschaftsbewegung.

Breslau, den 14. Dezember 1924.

Der Vorstand
des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Breslau.

*

Wir begrüßen die Annahme dieser Resolution. Das freigewerkschaftliche Jugendkartell Breslau hat es verstanden, sich klaren Einblick in die Lage der internationalen Arbeiterschaft zu verschaffen und daraus die einzig richtigen Konsequenzen zu ziehen. Schon die Forderungen, die das Jugendkartell für die jugendlichen Arbeiter aufgestellt hat, beweisen, daß das Jugendkartell die Notlage der deutschen jugendlichen Arbeiter erkannt hat und sich bemüht, durch Kampf der Notlage der jugendlichen Arbeiter ein Ende zu bereiten. Leider finden die Forderungen des Jugendkartells keine Unterstützung bei den reformistischen Gewerkschaftsführern. Wie verlautet, denken die Reformisten sogar daran, das Kartell aufzulösen. Wir glauben zwar nicht, daß man so ohne weiteres das Kartell auflösen wird, denn schließlich stehen 5000 jugendliche Arbeiter dahinter, die volles Vertrauen zu ihren Führern haben. Der Prozentsatz der Kommunisten im Jugendkartell ist verschwindend klein und würde ein Verbot des Jugendkartells gerade den jugendlichen Arbeitern die Augen über den reformistischen Verrat öffnen.

Wir hoffen, daß die arbeitende Jugend ganz Deutschlands die Resolution des Breslauer Jugendkartells als ihre eigene annimmt und für die Verwirklichung der Einheit der Gewerkschaften mit allen Mitteln kämpft.

Der Weg ohne Ziel und Hoffnung.

Es gibt noch immer viele ehrliche, revolutionäre Arbeiter, denen der Verrat der reformistischen Gewerkschaftsführer den Weg zur Erkenntnis der Rolle der Gewerkschaften verschließt, Arbeiter, die mit ihrem Wunsche und Instinkt folgen möchten und die bitteren Erfahrungen der revolutionären Arbeiterbewegung außer acht lassen. Diese Erfahrungen aber besagen, daß in Deutschland die freien Gewerkschaften ihrer Tradition und Vergangenheit nach die natürlichen Sammelbecken der deutschen Arbeiterklasse zum Kampfe um ihre gewerkschaftlichen Interessen bilden müssen. Diese Erfahrungen besagen, daß nur die Organisierung der großen Masse der deutschen Arbeiterklasse in diesen Gewerkschaften sie wieder in Organe des Klassenkampfes verwandeln kann und daß gegen die in ihnen organisierten Arbeiter die Revolution in Deutschland nicht siegen kann. Diese Erfahrungen besagen weiter, daß, weil die freien Gewerkschaften jahrzehntelang das gewerkschaftliche Monopol in Deutschland hatten, die Schaffung neuer Gewerkschaften außerhalb der freien der Prozeß von sehr vielen Jahren mit einem sehr fraglichen Ergebnis sein würde. Und diese Erfahrungen besagen schließlich, daß die freien Gewerkschaften durch die Herrschaft der SPD.-Bürokratie die stärkste Stütze der Kapitalsherrschaft in Deutschland bilden und daß man das Kapital schlägt, indem man ihm diese Stütze entreißt, die freien Gewerkschaften erobert für den revolutionären Klassenkampf.

Diese Erfahrungen wurden bestätigt durch die letzten Vorläufer im Lager der verirrten Schumacher- und Weyer-anhänger. Die Teile der selbständigen revolutionären Verbände, die durch die Schumacher und Weyer die Beschlüsse der RGK ablehnten, haben Mitte November einen Kongreß abgehalten. Dieser Kongreß zeichnete sich aus durch erdachte Zahlen der hinter ihm stehenden Mitglieder, durch demagogische Reden von Schumacher und Weyer und durch ziemlich starke Konfusion der Diskussionsredner. Den Zweck des Kongresses bildete die Ausarbeitung der Statuten und des Programms einer neuen reichsdeutschen Organisation, die dem ADGB. entgegengestellt werden könnte. Und da bereits gelangte der Kongreß in eine Sackgasse.

Schumacher verlangte die Erfassung der Unorganisierten und die Propaganda für den Gedanken der Industrieverbände, aber bis zu ihrer Verwirklichung nur den Zusammenschluß zu einem Reichskartell der selbständigen Verbände. Er bezeichnete den Wunsch, einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband mit Industriesektionen zu bilden, im Augenblick für nicht durchführbar.

Dem entgegen teilt Weyer in seinem Mitteilungsblatt die Umbildung der Union mit Beginn des Jahres 1925 in einen Allgemeinen Deutschen Industrieverband, den Schumacher ablehnt, mit. Während der Kongreß der „selbständigen Verbände" eine Resolution im Sinne Schumachers annahm, und während Weyer seine Welteroberungspläne träumt — geht die nüchterne Wirklichkeit vor sich. Und diese zeigt am besten, wohin der Weg Schumachers und Weyers wirklich führt. Der frühere Führer des oppositionellen Bekleidungsarbeiterverbandes Breslau, Heinrich Baak, hat die Schumachertreuen Reste des Verbandes dem Hirsch-Dunckerschen Verband zugeführt. So führt die Ablehnung der Beschlüsse der RGK nicht in die freien Gewerkschaften zwecks deren Revolutionierung, sondern zur gelben Koalition mit den Hirsch-Dunckerschen.

Für jene Arbeiter die heute noch Schumacher und Weyer folgen, ist der Weg zur revolutionären Gewerkschaftsopposition offen. Mit der wachsenden Erkenntnis vom Wesen der Schumacher- und Weyer-Politik werden sie in unsere Reihen zurückkehren.

Der ADGB. 1923.

Ein kritisches Jahr für die deutsche Arbeiterklasse und nicht zuletzt für die deutschen Gewerkschaften beleuchtet das Jahrbuch des ADGB. für 1923. In konzentrierter Form ziehen die Ereignisse des Ruhrkrieges und der Inflationsperiode vorüber — und in konzentrierter Form zeigt sich das mangelhafte, machtlose und hilflose Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Krise, die das morsche Fundament der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland erschütterte und zu verstürzen drohte. Gewollt oder ungewollt ist das Jahrbuch zu einer Verteidigungsschrift geworden, die auf jeder Seite doch nur das Material liefert zum Nachweis der Mitschuld der deutschen Gewerkschaftsführer an der Verelendung der Arbeiterschaft und am Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaften, wie er im letzten Drittel des Jahres 1923 erfolgte. Und wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch das Geständnis, daß die Hauptarbeit der Gewerkschaftsspitzen während des Krisenjahres darin bestand, Vorschläge auszuarbeiten zur Sanierung des deutschen Kapitalismus — und da diese Sanierung nur auf Kosten der deutschen Arbeiter möglich war, wurden deren Interessen skrupellos aufgegeben und jede selbständige Aktion der Arbeiterschaft mit allen Mitteln bekämpft. In diesem Aufgeben jeder selbständigen Klassenpolitik liegen die Wurzeln jener katastrophalen Discreditierung der Gewerkschaften, die zu einer in diesem Ausmaße noch nie dagegewesenen Mitgliederflucht aus den Gewerkschaften führte und das deutsche Proletariat zur Machtlosigkeit verurteilte gegenüber dem konzentrierten Angriff des Schwerkapitals. Die führenden Leute des ADGB. sind allerdings heute noch so weit entfernt von dieser Erkenntnis wie je. Mit rührender Selbstzufriedenheit wird Seite auf Seite von den Resolutionen, Aufrufen und Sitzungen erzählt, in denen man glaubte, Weltgeschichte zu machen, während in Wirklichkeit nur Makulatur für die Regierungskanzleien und Agitationsmaterial für die verlotterte SPD.-Politik fabriziert wurde. Nirgends der Ansatz auch nur zu der geringsten selbständigen Aktion der Arbeiterklasse gegen das Kapital, überall jedoch die Hilfsstellung für die Regierungen und die Profitwirtschaft der Bourgeoisie. Daß die Führer des ADGB. für den „legalen" Profit gegenüber den räuberischen Methoden der Inflationshyänen eintraten, ändert nichts an dem Prinzip ihrer Einstellung. Angefangen von dem schalen Aufguß der Burgfriedenspolitik durch Schaffung der Ruhrhilfe, von der bewegt bedauert wird, daß die Arbeiter kein Verständnis dafür aufbrachten, bis zu dem Widerstand gegen die im Cuno-Streik aktiv auf die Bühne tretende revolutionäre Betriebsräte-Bewegung und die Auslieferung der Arbeiterschaft an die Militärdiktatur durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz haben die reformistischen deutschen Gewerkschaftsführer im Jahre 1923 den Nachweis geführt, daß sie — nicht die Gewerkschaftsorganisationen — die Hauptstützen der Konterrevolution sind. Bereits auf Seite 18 der politischen Rechtfertigungsschrift des ADGB. — eine solche stellt das Jahrbuch dar — steht der Satz: „Mit dem Klassenkampf hat der Kampf um das Ruhrgebiet und seine Finanzierung nichts zu tun." Von dieser Einstellung aus ergibt sich alles weitere von selbst. Anstatt die Arbeiterschaft zu mobilisieren gegen Cuno und Poincaré, appellierte man an den Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten Amerikas. Als Edo Fimmen zu deutschen Gewerkschaftsfunktionären sprach und ihnen sagte, daß es sich im Ruhrkrieg doch um einen Klassenkampf der Arbeiter gegen das Kapital handle, führten die deutschen Gewerkschaftsführer einen scharfen Feldzug gegen ihn und protestierten „energisch" beim IGB. gegen diese Einmischung in ihre Domäne. Weniger energisch nahmen sie den Kampf auf gegen die Pflichtarbeit der Erwerbslosen, den völligen Abbau der Sozialversicherung und die Beseitigung des Achtstundentages. Selbst die Arbeit in Kommissionen und parlamentarischen Körperschaften, der Entwurf von Steuergesetzen, wie der Widerstand gegen die Auslieferung der Staatsbetriebe an die Schwerindustrie, blieben völlig wertlos, das großspurige Geschreibsel und Gerede blieb Fassadenarbeit im wahren Sinne des Wortes, weil die deutschen Gewerkschaftsführer nicht den Willen hatten, die Machtmittel der Arbeiterklasse zu mobilisieren. Und die Bourgeoisie wußte dies und behandelte die Unterhändler in den Vorzimmern der Ministerien dementsprechend.

Die Zusammenarbeit mit der SPD.-Fraktion im Reichstag wird ebenso stark betont wie auf der anderen Seite gegen die Kommunistische Partei Stellung genommen wird. Der ADGB. will heute eine rein sozialdemokratische Hilfsorganisation sein, das bringt das Jahrbuch deutlich zum Ausdruck. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden gegen diese Ausnutzung der Gewerkschaften durch den Führerklüngel sich ganz besonders scharf zur Wehr setzen müssen.

Von der Glorifizierung der Tätigkeit des ADGB. abgesehen, bietet das Jahrbuch ein erschütterndes Bild der Verelendung der deutschen Arbeiterschaft. Und diese tatsachenmäßige Feststellung macht das Jahrbuch ganz gegen den Willen seiner Verfasser zu einer aufreizenden Anklageschrift gegen die heutige kapitalistische Gesellschaft, ihre Nutznießer und Helfershelfer im Lager der Arbeiterschaft selbst. Wir werden auf dieses Tatsachenmaterial an anderen Stellen noch eingehen. Es ist die glänzendste Widerlegung der Verherrlichung der heutigen Ebertrepublik, die in dem Kapitel „Die Gewerkschaften und die Republik" enthalten ist. Die Arbeiter werden aus dem Jahrbuch entnehmen können, daß sie aus dem Sumpf der Verelendung nur herauskommen, wenn sie nicht nur mit „Gefühl und Gemüt", sondern mit den Fäusten sich die kommunistische Republik erkämpfen.

A. V.

Nummer 19 Jahrgang 4

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis: Einzelnummer 10 Pfennig | Berlin, im Dezember 1924 | Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Gesellschaft, Berlin, Blumenstraße 17. Red.: Willi Schumbel, Berlin, Nassenheider Str. 35

Mehr Arbeit in den Gewerkschaften

Von Fritz Heckert.

Das ist die erste Lehre, die uns der Ausgang der Reichstagswahlen am 7. Dezember gegeben hat. Sie muß unbedingt beachtet werden, sollen wir in Zukunft vor größeren Enttäuschungen bewahrt bleiben. Natürlich gibt es hundert gute Gründe für den Rückgang unserer Stimmenzahl, und die Sozialdemokraten irren sich, wenn sie glauben: „Die Arbeitermassen kehrten uns für immer den Rücken, um sich der Sozialdemokratie anzuschließen." In der gegenwärtigen Situation mußte mit beträchtlichem Stimmenverlust auf unserer Seite gerechnet werden. An eine solche Verfolgung, wie sie unsere Partei erduldet, muß sich die Masse erst gewöhnen. Auch die Sozialdemokratie hatte nach den ersten Wahlen unter dem Sozialistengesetz einen starken Rückgang. Viel richtiger urteilt das Bürgertum über unseren Stimmenverlust, indem es sagt: „Man hätte mit einer viel größeren Niederlage der Kommunisten gerechnet." Freuen wir uns also über die Enttäuschung unserer Gegner, die nicht erreichten, was sie hofften. Diese Freude soll uns aber kein Trost darüber sein, daß wir vom 1. Mai bis jetzt doch über eine Million Stimmen verloren haben. Und der Verlust ist schmerzlich genug, vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterbewegung aus betrachtet, denn er erklärt sich nicht aus einer wachsenden Gleichgültigkeit der Massen gegen den Parlamentarismus. Im Gegenteil, am 7. Dezember haben wir in Deutschland eine Rekordwahl gehabt. Die Arbeitermassen haben an der Wahl teilgenommen, sie haben aber diesmal aus mannigfachen Ursachen nicht für die KPD. gestimmt.

Der hohe Prozentsatz der abgegebenen Stimmen beweist, wie falsch die KAP. und der Syndikalismus die Situation einschätzen, wenn sie davon sprechen, die Arbeiter wollen nicht mehr wählen. Und noch eins ist am 7. Dezember ganz eindeutig bewiesen worden, nämlich die Ablehnung der Gewerkschaftspolitik der Schumacher und Weyer. Wie haben diese Leute uns doch versichert, daß die Arbeitermassen von der Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit mit dem ADGB. nichts wissen wollen und daß unsere Partei am Wahltag die Erfahrung machen werde, daß die Arbeiter wegen ihrer Gewerkschaftspolitik nicht für sie stimmen werden. Nun, in Berlin, wo wir die härtesten Auseinandersetzungen mit den Schumacher und Weyer hatten, haben wir doch sehr gut abgeschnitten. Aber erklärt sich unser Stimmenverlust überhaupt oder doch zu einem nennenswerten Teil aus unserer „falschen" Gewerkschaftstaktik? Doch wohl nicht, sonst hätte sich dies doch auch gegen die Sozialdemokratie auswirken müssen. Die hat aber gerade in den Arbeiterbezirken gewonnen. 125 000 Zuwachsstimmen für die SPD. in Berlin, ihr großer Stimmenzuwachs in Sachsen (trotz des großen Krachs zwischen Linken und Rechten), im Rheinland und Ruhrgebiet zeigt, daß die SPD. im wesentlichen gewonnen hat durch die Hilfe des ADGB. Eine im Zusammenbruch befindliche Macht der Gewerkschaftsreformisten könnte niemals solche Wirkungen ausüben. Das sollten die Schumacher und Weyer endlich auch kapieren lernen. Ihr Geschwätz über die Gewerkschaften hat am 7. Dezember einen Todesstreich erhalten.

Unternehmertum und sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie wissen sehr gut, was sie tun, wenn die ersteren die revolutionären Arbeiter aus den Betrieben und die anderen sie aus den Gewerkschaften herauswerfen. Beide bilden miteinander eine gute Arbeitsgemeinschaft zur Entrevolutionierung der Arbeiterklasse. Allerdings würde ihnen auf die Dauer dieses Mittel auch dann versagen, wenn die KPD. nicht dagegen ankämpfen würde, denn der Kapitalismus produziert unaufhaltsam im Prozeß seiner Entwicklung seine Totengräber, das Proletariat. Doch es wäre mehr als falsch, wollten wir warten, bis das Kapital an seinen eigenen, ständig wachsenden Widersprüchen zugrunde geht. Das Proletariat soll nicht nur Objekt des geschichtlichen Werdens und Vergehens sein, es muß Subjekt werden und den Lauf der Geschichte nach seinen Bedürfnissen zwingen. Das heißt in unserem Falle, die besten Formen des Widerstandes gegen die Pläne der Unternehmer und Reformisten suchen und finden.

Gegen die Ausrottung des revolutionären Proletariats in den Betrieben ist die kommunistische Betriebszelle das beste Mittel, man könnte in der Periode der wachsenden Reaktion sagen, das einzige Mittel. Mögen die Reformisten über die Bolschewisierung unserer Partei, ihres Aufbaus auf Betriebszellen höhnen wie sie wollen, der 7. Dezember hat uns den Beweis geliefert, daß die Betriebszelle das Leben unserer Partei ist. Und ebenso ist es mit unserer Tätigkeit in den Gewerkschaften. Wird heute noch ein ernst zu nehmender revolutionärer Arbeiter kommen und uns sagen, wir sollen auf die Gewerkschaftsarbeit, ja sogar auf die Gewerkschaftsmitgliedschaft verzichten? Das ist doch nach den Erfahrungen der letzten Monate und besonders nach den Wahlen vom 7. Dezember nicht zu glauben. Wir kommen jetzt erst in die Zeit, von der uns Lenin in den „Kinderkrankheiten des Radikalismus" schreibt, daß es nötig ist, mit allen Mitteln in die Verbände einzudringen und revolutionäre Arbeit zu leisten.

Denken wir zurück an das Jahr 1923. Unser Einfluß in den Gewerkschaften und den Betrieben wuchs dank der revolutionären Situation dieses Jahres mit großer Schnelligkeit. Zur Zeit des Cuno-Streiks waren die Betriebsräte wieder Kampforgane der Arbeiterschaft geworden, und selbst die frechsten Gewerkschaftsbürokraten wagten es nicht mehr, revolutionäre Arbeiter aus den Verbänden auszuschließen. Die Situation änderte sich erst nach der Kapitulation im Ruhrkonflikt. Mit Hilfe der Reformisten konnten die Kapitalisten einen neuen Frieden mit den Landesfeinden schließen. Eine Aera der Reaktion begann. Sie wurde ausgenutzt, um in den Betrieben die revolutionären Kräfte zu beseitigen. Auch der Reformismus sah seine Zeit gekommen, um jetzt an den oppositionellen kommunistischen Arbeitern durch deren Ausschluß aus den Gewerkschaften Rache zu nehmen. Wir haben die Wirkungen dieser Methoden nicht richtig eingeschätzt und, statt

uns schneller in den Betrieben durch gut funktionierende Betriebszellen und in den Gewerkschaften durch energisches Arbeiten der Fraktionen zu verankern, stellten viele revolutionäre Genossen ihre Arbeit in der Gewerkschaft und im Betrieb ein. Diese Schwankungen haben uns großen Schaden in der Arbeitermasse gebracht, unsere Verbindungen mit ihr haben sich gelockert, und die scharfe Verfolgung der Partei tat dann ein Uebriges. Wäre das nicht gewesen, hätten die Gegner am 7. Dezember noch weniger triumphieren können.

Die Gefahren sind jetzt aber erkannt, und daß die richtigen Lehren gezogen werden, dafür bürgt die KPD., die doch in ihrem Kern schon eine bolschewistische Partei geworden ist. Was wir durch mißliche Umstände verloren haben, werden wir durch zähe Arbeit bald wieder einholen. Aber nicht allein darauf kommt es an, das Verlorene wieder einzuholen, um eine Scharte auszuwetzen, sondern um das Eroberte ein für allemal zu festigen, so daß es nicht mehr verloren gehen kann. Die nächste revolutionäre Welle muß uns auf die im Interesse der arbeitenden Klasse notwendigen Maßnahmen anders vorbereitet finden. Zielklare, unermüdliche Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften sind dazu die einzigen wirksamsten Mittel. Durch die Wirkungen des Dawes-Vertrages werden wir bald in eine revolutionäre Situation kommen. Wer des Glaubens war, daß sich der Dawes-Vertrag unmittelbar und vor allem für jeden simplen Arbeiter sofort sichtbar gegen die Arbeiterklasse auswirken würde, der war in einem großen Irrtum befangen. Es ist sogar möglich, daß sich für einige Arbeiterschichten vorübergehend aus der Annahme des Dawes-Vertrages scheinbare Vorteile ergeben, und es wird einer gewissen Zeit bedürfen, um die Wirkungen dieses Versklavungsplanes allen Arbeitern offenbar zu machen.

Was folgt daraus? Es folgt, daß wir auf absehbare Zeit noch schwer in der Arbeitermasse um die Ausbreitung unseres Einflusses ringen müssen. Schnelle Siege sind jetzt nicht zu erwarten. Darum ist es um so notwendiger, planmäßig und energisch zu arbeiten. Die Reformisten werden die ihnen jetzt günstige Situation ausnützen, um ihren Einfluß zu erhöhen. Wie sie sich im Jahre 1923 gegen Neuwahlen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, der Ortsverwaltungen und gegen die Abhaltung von Gewerkschaftskongressen gewehrt haben, so werden sie jetzt im Gegenteil für Wahlen und Kongresse sein. Jetzt haben sie eine Sicherheit dafür, daß sie Mehrheiten für sich und ihre Politik gewinnen. Sollen wir deshalb verzweifeln? Mit nichten. Man soll sich nur klar werden über das, was gegenwärtig erreicht werden kann, dafür aber auch alle Kraft einsetzen.

Dazu bieten die in den nächsten Wochen stattfindenden Wahlen für die Ortsverwaltungen der Verbände, für die Gewerkschaftskartelle, für die Fabrikvertrauensleute und für die Betriebsräte eine günstige Gelegenheit. Unsere Genossen sollen sich dabei aber klar sein, daß Ueberraschungserfolge unwahrscheinlich sind, wie sie für uns auch keinen bleibenden Wert haben. Die Reformisten werden alles aufbieten, um eine möglichst feste Position zu erlangen. Was wir erobern können, kann nur das Ergebnis einer zähen, unermüdlichen Arbeit sein.

Der Beschluß unseres Zentralausschusses über die Verpflichtung unserer Parteimitglieder zur Gewerkschaftsmitgliedschaft wird unter den gegenwärtigen Umständen nur sichtbare Erfolge für uns bringen, wenn alle unsere Parteigenossen gleichzeitig auch revolutionäre Gewerkschaftsarbeiter werden. Ist das nicht der Fall, dann bleibt der Beschluß nur eine leere Geste, und unser Einfluß in den Verbänden wird nicht wachsen.

Solange die Arbeitermasse stumpf den auf ihr lastenden Joch des Kapitals erträgt, solange wird es auch schwer sein, die Masse zum revolutionären Handeln zu gewinnen, und sie wird nicht geneigt sein, sich unter unsere Führung zu scharen. Jede Gelegenheit muß darum ausgenützt werden, um den auf den Arbeitern lastenden Bann zu brechen. Schauen wir darum nochmals auf die Resultate des 7. Dezember. Die Stimmen, die die SPD. aus der Arbeiterklasse gewonnen hat, sind für die Demagogen dieser Partei kein sanftes Ruhekissen. Im Gegenteil, die geschundenen und getretenen Arbeiter erwarten jetzt von der SPD. Hilfe in ihrer Not. Die SPD. hätte niemals diesen Stimmenzuwachs haben können, wenn sie sich nicht verpflichtet hätte, für die Besserstellung des Proletariats zu kämpfen. Diese Verpflichtung können die SPD-Bonzen nicht so leicht vergessen machen, wie sie es früher in ähnlichen Fällen getan haben. Die Massen werden aber die Erfüllung fordern, und da der Reformismus nicht kämpfen will und kann, wird sehr schnell die Ernüchterung bei den Betrogenen eintreten und zusammentreffen mit der Auswirkung des Dawes-Planes. Auf diese Umstände müssen wir uns einstellen, und bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor die Augen der Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes stellen, des Kampfes um solche Forderungen, wie sie vom Gothaer Ortsausschuß aufgestellt, vom ADGB. verhöhnt, aber doch von den Arbeitern erkämpft werden müssen.

Ohne Verzug heran an diese Aufgaben! Mehr Arbeit in den Gewerkschaften ist jetzt die beste Arbeit für den Sieg des Kommunismus.

Die Erfüllungsparteien im Streit um das Washingtoner Abkommen.

Der „Deutsche", das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften, führt in seiner Besprechung des Beschlusses des Deutschen Industrie- und Handelstages gegen die Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens am 10. Dezember folgendes aus:

„Darüber herrscht wohl keine Meinungsverschiedenheit, daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen und die Einhaltung des Washingtoner Abkommens zugleich auf die Dauer kaum möglich sein werden. Deshalb will der Industrie- und Handelstag eine längere Arbeitszeit; die deutsche Arbeitnehmerschaft aber sagt sich: erst menschenwürdige Zustände und dann erst Reparationen! Erst Brot, dann Reparationen. Auf die Dauer muß sich zeigen, daß das Reparationsproblem, so wie es heute vor uns steht, unlösbar ist, daß es scheitern muß an dem gleichfalls international gestellten Verlangen, die Arbeitszeit auf das Washingtoner Abkommen abzustellen. ... Will man in Deutschland die Ratifizierung etwa aus dem Grunde verhindern, weil man in andern Ländern in der Richtung einer Verlängerung der Arbeitszeit ebenfalls tätig ist?"

Der „Deutsche" deckt hier die Karten auf. Seine Ausführungen stellen die Erfüllungsparteien in eine sehr mißliche Lage. Denn wahrlich, weshalb der monatelange Streit zwischen den Gewerkschaftsspitzen und den Arbeitgeberverbänden wegen der Ratifizierung, wenn das Washingtoner Arbeitszeitabkommen doch mit Zustimmung derselben amerikanischen Finanzoligarchie entworfen wurde, die den Dawes-Plan ausgeheckt hat.

Würden die Dinge tatsächlich so liegen, daß für die deutsche Bourgeoisie und für die deutsche Sozialdemokratie die Erfüllung des Dawes-Planes nicht ihr Lebensinteresse bilden würde, dann könnten sie doch ohne weiteres das Abkommen längst ratifiziert haben. Aber das gerade will oder kann der „Deutsche" nicht begreifen, daß der Dawes-Plan den zerfallenen deutschen Kapitalismus vor der proletarischen Revolution rettet, daß die siegreiche deutsche Revolution auch den amerikanischen Kapitalismus bedrohen würde — und daß daher an diesem Plan und an seiner Durchführung gleichermaßen das deutsche Kapital, die deutsche Sozialdemokratie und Amerika stark interessiert sind. Als die Welle der Revolution von Rußland aus sich über die ganze Welt Anfang 1919 zu ergießen drohte, da dachten die amerikanischen Bankiers im Bunde mit den Amsterdamer Gewerkschaftsführern das Washingtoner Arbeitszeitabkommen aus.

Einige seiner Klauseln ermöglichten lediglich die Vermeidung des „Generalischen" Achtstundentages. Aber das Hauptgewicht lag nicht in den Klauseln, sondern darin, daß das Abkommen solange ein parlamentarisches Verhandlungsobjekt bilden sollte, solange sich die erschütterte Kapitalsherrschaft nicht festigt. An die Durchführung des Abkommens im Falle der Festigung der Kapitalsherrschaft dachte von seinen Schöpfern kein einziger.

Und das Spiel wiederholt sich jetzt in Deutschland. Fünf Jahre sind bereits verstrichen seit dem Entwurf des Abkommens, und alle Länder erklären jetzt plötzlich, daß sie ratifizieren werden, wenn Deutschland ratifiziert. Inzwischen konnte in Deutschland der Achtstundentag mit Maschinenkraft der Arbeiterklasse entrissen werden. Nun, da sie an seine Wiedereroberung herantritt, setzen die sozialdemokratischen

Gewerkschaftsführer die Frage der Ratifizierung in den Mittelpunkt, um monatelang handeln zu können und inzwischen den wirklichen Kampf um den Achtstundentag zu sabotieren. Gelingt ihnen diese Ablenkung, und arbeitet die deutsche Arbeiterschaft auch weiterhin ihre neun, zehn und elf Stunden ab, dann wird inzwischen auf der Grundlage des Dawes-Planes es dem Kapital in England, Frankreich und Amerika gelingen, seine Arbeiterschaft mit Hinweis auf das Gespenst des deutschen Dumping (Drücken der Arbeitsbedingungen) gleichfalls zur verlängerten Arbeitszeit zu bewegen. Und dann werden alle Spatzen in Deutschland auf den Gedanken der Durchführung des Achtstundentages — ob mit oder ohne das Washingtoner Abkommen — pfeifen. Der Arbeiterschaft wird das Nachsehen bleiben. Den Gewerkschaftsführern und der SPD. wird neben den verdienten Fußtritten als Trost ein Brocken von den Dawes-Profiten gewährt.

Die internationale Gewerkschaftseinheit soll den wirklichen Kampf um den Achtstundentag vorbereiten, damit den Dawes-Plan stützen. Deshalb die Wut aller Erfüllungsparteien, die SPD. voran, gegen diese Einheit, deshalb die Ablenkung mit Hilfe des „Streits" um die Ratifizierung.

Zur Neuwahl der Gewerkschaftsfunktionäre

Im letzten Jahre gelang es der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, ihre Positionen in den freien Gewerkschaften neu zu befestigen. Sie war die Nutznießerin der Militärdiktatur und des Verbots der Partei, unter deren Schutz sie mit aller Brutalität gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, vor allem gegen die Kommunisten, vorging, genau wie die Unternehmer in den Betrieben eine planmäßige Säuberung der Verbände von kommunistischen Funktionären durchführten. Sie war vor allen Dingen die Nutznießerin der Massenaustritte der oppositionellen Elemente aus den freien Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Passivität der Kommunisten. Sie ermöglichte es den Reformisten einen willigen [illegible] Funktionärkörper zur ideologischen [illegible] der Massen und zu ihrer organisatorischen [illegible] zu schaffen. Die vergangenen Kämpfe haben gezeigt, daß dieses nur mit Erfolg geglückt ist, denn es gelang [illegible] die Kämpfe gerade der letzten Streiks etwa im Oktober bis November zu breiten, einheitlichen, erfolgreichen [illegible] zu steigern. Durchweg bestimmten die Reformisten [illegible] Verlauf und Abschluß jedes Streiks, jeder [illegible] Folge davon ist die dauernde Verschlechterung [illegible] Lage der Arbeiterschaft, eine dauernde Senkung ihrer Reallöhne und wachsende Bedrohung, weiterer Abbau noch erhaltener gesetzlicher sozialer Rechte.

Die Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie vor den [illegible], ihr offenes Einsetzen des gesamten Organisationsapparates der Gewerkschaften in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlpropaganda und ihre Taktik in den [illegible] zeigen, wie nah sich die Reformisten

[illegible] der Wahlpropaganda versprachen sie den Massen auch die Wiedereroberung des Achtstundentages, tut Vergessen machten sie das Arbeitszeitabkommen, um die Bergarbeiter, die am 4. Mai mit überwältigender Majorität für die Kommunisten gestimmt hatten, für die SPD. zu gewinnen. Drei Tage nach der Wahl zogen sie die Kündigung zurück. Die Bergarbeiter müssen weiter unter Tage 8 und 8½ Stunden und über Tage 10 Stunden schuften. Das ist die offene Ankündigung an die Bourgeoisie, daß die Reformisten gar nicht daran denken, der Abwälzung der Daweslasten auf die Schultern der Arbeiter irgend welchen Widerstand zu leisten. Das ist eine neue Loyalitätsversicherung, die die Bourgeoisie von der Regierungsfähigkeit der SPD. überzeugen soll.

All das ist nur möglich, weil die SPD-Bürokratie glaubt, mit ihrem treusozialdemokratischen Funktionärapparat jeden Widerstand aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder ideologisch, und wenn es schlimm kommt, auch organisatorisch, durch neue Ausschlüsse oppositioneller Kollegen und neue Spaltungen oppositioneller Organisationen brechen zu können.

Mit Beginn des neuen Jahres finden die Neuwahlen der [illegible] Funktionäre aller Gewerkschaften statt. Die Kommunisten müssen deshalb mit Einsatz aller Kräfte [illegible], die Zusammensetzung des Funktionärkörpers so zu [illegible], daß den Reformisten die Fortsetzung ihrer Politik [illegible] wird. Bei den kommenden Neuwahlen zu den [illegible] Verwaltungen, den Branchen, Sektionen und Fachabteilungen, bei der Wahl der gewerkschaftlichen Betriebsfunktionäre müssen wir erneut die Fragen aufwerfen, die jetzt für die gesamte Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung sind.

Der ADGB. erklärt: ob der Achtstundentag wiedergewonnen wird, das entscheidet der Reichstag. Wie die sozialen Rechte der Arbeiter gestaltet werden, das entscheidet der Reichstag. Den Kampf gegen die Abwälzung der Daweslasten auf die Schultern der Arbeiterschaft wird im Reichstag entschieden. Das bedeutet den Verzicht auf jeden gewerkschaftlichen Kampf, die völlige Auslieferung der Arbeiterschaft unter die Willkür der Kapitalisten.

Bei den Neuwahlen steht also die Frage zur Entscheidung: sollen die Gewerkschaften Kampforgane der Arbeiter sein, sollen die Gewerkschaften die gesamte organisierte Kraft der Arbeiterschaft einsetzen, um gegen die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft, um gegen den Dawesplan, das Instrument der Bourgeoisie zu weiterer Versklavung und Verschärfung der Ausbeutung, zu kämpfen. Oder sollen die Gewerkschaften wie bisher in den Händen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Organe der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und damit des kapitalistischen Staates sein?

Damit im engsten Zusammenhang steht die Frage der internationalen und nationalen Gewerkschaftseinheit, deren Entwicklung für die deutsche Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist für ihren Kampf gegen die Offensive der deutschen Unternehmer und gegen den Plan des internationalen Finanzkapitals, die deutschen Arbeiter durch brutalste Versklavung zum Lohndrücker des internationalen Proletariats zu machen. Die deutschen Amsterdamer sind die ärgsten Feinde der Einheit, denn sie leben von ihrer Spaltungsoffensive gegen die revolutionären Gewerkschafter, sie drohen mit neuen Spaltungen, mit der Spaltung sogar der Amsterdamer Internationale, nicht nur in ihrem Interesse, sondern um der deutschen Bourgeoisie den Dawesplan, ihre Existenzgrundlage, zu erhalten.

Ueber diese Fragen müssen die bisherigen Funktionäre Rechenschaft ablegen. Und es muß uns gelingen, durch die Wahl revolutionärer Funktionäre entscheidenden Einfluß auf den Funktionärkörper zu gewinnen. In jeder Ortsverwaltung, in jeder Branchenversammlung müssen nach den Wahlen Kommunisten sein, die es verstehen, die bisherige Politik der Reformisten unmöglich zu machen, durch engste Verbindung mit den Mitgliedermassen die Gewerkschaftsleitungen zu zwingen, dem Willen der Arbeiterschaft, der Notwendigkeit des Kampfes Rechnung zu tragen.

Daß die Reformisten alles daran setzen, um die Organisationen in ihren Händen zu behalten, um die Kommunisten aus dem Funktionärkörper fernzuhalten, beweisen u. a. die Vorgänge im Fabrikarbeiterverband Braunschweig und im Abd. Hamburg. In Braunschweig gab die reformistische Ortsverwaltung die Anweisung, die kommunistischen Mitglieder nicht mehr zu kassieren, um sie auf diese denkbar feine Weise aus der Organisation zu entfernen. In Hamburg verweigerten die Reformisten die Anerkennung einer oppositionellen Vorschlagsliste zur Wahl der Ortsverwaltung, weil nach dem Verbandstagsbeschluß Kommunisten nicht Funktionäre sein können.

Mit ähnlichen Mitteln werden die Reformisten an allen Stellen, die für sie gefährdet sind, arbeiten. Sie werden zum alten, beliebten Mittel greifen, den Kommunisten Reverse zur Unterschrift vorlegen und dergleichen Dinge mehr. Allen Ausschlägen müssen die Kommunisten zu begegnen wissen. Kein Kommunist darf sich verwirren lassen. Heran an die Massen, ist ihre Losung und sie werden jeder Demagogie der reformistischen Führer zu begegnen wissen.

Unsere Vorbereitungsarbeit muß sofort beginnen. In den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen muß schon jetzt hingearbeitet werden auf die kommenden Wahlen. Aber nicht nur ideologisch, auch organisatorisch muß gearbeitet werden. Die Organisierung der noch Fernstehenden in die freien Gewerkschaften muß mit aller Kraft systematisch geschehen. Alle, die verärgert durch die Verräterei austraten, müssen wieder hinein in den Verband, müssen von den Kommunisten organisiert und in die Front gegen den Reformismus eingereiht werden. Vor allem, alle Kommunisten müssen sich organisieren in ihren freien Gewerkschaften. Durch energische Arbeit, durch Anspannung aller Kräfte muß es uns gelingen, in alle Funktionärorgane einzudringen, um von dort aus die Sammlung der Arbeiterschaft zur Einheitsfront gegen die Bourgeoisie und gegen den Reformismus zu vollenden, die Gewerkschaften wieder zu Klassenkampforganen zu machen. Allein durch seine Verwirklichung der Kommunisten in den Verbänden wird es möglich, jede weitere Spaltungspolitik der Reformisten zu verhindern und den Kampf um die Gewerkschaftseinheit national und international zu fördern.

Breslau

Schupowachtmeister als Christbaumverkäufer.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Auf dem Blücherplatz hat ein Schupo-Oberwachtmeister einen Verkaufsstand für Christbäume aufgemacht. Um seiner lukrativen Nebeneinnahme eifrigst nachgehen zu können, hat er einen vierzehntägigen Urlaub erhalten. Diesen Urlaub bekam er, obwohl er schon im Sommer seinen vierwöchigen Urlaub weg hatte. Während einem Erwerbslosen es sehr schwer gemacht wird, sich einen Weihnachtsverdienst zu verschaffen, kann ein Schupo-Oberwachtmeister eine Doppelexistenz führen.

*

Wir begreifen die Erregung von Erwerbslosen und mancher Straßenhändler. Denn wir müssen diesem Schupomann schon sagen, es ist nicht der richtige Weg, den er eingeschlagen hat, um einen ausreichenden Lebensverdienst zu erhalten. Um sein Beamten-Hungergehalt zu verbessern, muß der Oberwachtmeister gemeinsam mit seinen Kollegen um höhere Gehälter kämpfen. Ein geschlossenes Vorgehen aller Beamten kann viele Erfolge zeitigen. Darum, Schupobeamte, kämpft für höhere Gehälter!

Erstickungstod eines Proletarierkindes.

Die Schuld trägt das kapitalistische System.

Da der Staat nicht für die Kinder sorgt, mußte Frau Müller, Sedanstraße 23, die ihren Lebensunterhalt durch Aufwartedienste verdient, ihre zwei Kinder, ein dreijähriges und ein zwölfjähriges Mädchen, den Tag über allein lassen. Gestern kam das Unglück. Die ältere Schwester legte, als sie aus der Schule kam, im Stubenofen Feuer an. Die Kleine lag noch im Bett. Kurz darauf verließ sie die Wohnung, um einige Einkäufe zu erledigen. Da die Ofentüren nicht mehr richtig anlagen und der Ofen sich auch sonst in sehr schadhaftem Zustande befand, fiel Glut heraus und zwar in den Kohlenkasten, der mit Reisig und Lumpen gefüllt war. Im Handumdrehen füllte sich das Zimmer mit beißendem Qualm. Als die zurückkehrende Schwester die Tür öffnete, waren bereits Flämmchen wahrzunehmen. Das Mädchen besaß die Geistesgegenwart, trotz alledem einzudringen, und die gefährdete Dreijährige aus dem Bett zu holen. Es hatte ferner den Verstand, mit dem Schwesterchen im Arm, das kein Lebenszeichen mehr von sich gab, in die Viktoriastraße zu einem ihr bekannten Arzt zu laufen. Der Arzt konnte nur noch feststellen, daß die Kleine den Erstickungstod gefunden hatte. Durch die Feuerwehr wurde der im Entstehen begriffene Zimmerbrand schnell gelöscht.

Warum schweigt Herr Hamann?

Schon mehrerenals erinnerten wir diesen Strafvollzugsbeamten an eine Berichtigung, die wir noch nicht erhalten haben. Wir brachten vor Wochen die Meldung, daß sich Herr Hamann vom Beamtenschneider der Gruppe für 12 Pfennig pro Stunde zwei Anzüge und einen Frack bauen läßt und sich die Wohnung von Gefangenen für billiges Geld renovieren ließ. Während dieser Herr sonst sehr schnell mit Berichtigungen zur Hand ist, verspüren wir hier eine „merkwürdige" Schwerfälligkeit. Wir aber warten auf Antwort!

Die städtischen Brausebäder sind bekanntlich in der Regel an den Dienstagen geschlossen. Um jedoch der Bevölkerung noch am letzten Tage vor dem Fest Gelegenheit zu einem Bade zu geben, werden sie am Dienstag, den 23. d. Mts., ausnahmsweise wie an allen anderen Werktagen geöffnet sein.

Die städtischen Büros und Kassen werden am Sonnabend, den 27. d. Mts., geschlossen bleiben. Nachdem die Reichs- und Staatsbehörden, einer Anweisung des Reichsfinanzministers folgend, für diesen Tag Sonntagsdienst angeordnet haben, sah sich die Stadtverwaltung veranlaßt, sich dem Vorgehen anzuschließen.

Gasanschlußleitungen für die angehenden Grundstücke vom Hauptrohr bis zu einer Länge von sechs Metern werden, entsprechend dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 11. d. Mts., künftig nicht mehr für Rechnung der Besteller, sondern auf Kosten der städtischen Gaswerke ausgeführt werden. Jede über die Höchstlänge von 6 Metern hinausgehende Verlegung bis zu den Gasmessern, deren Aufstellung und Verbindung mit der Inneneinrichtung sowie die Oeffnung oder Uebertragung der Gasmesser fällt zu Lasten des Bestellers. Ferner stellt die Verwaltung der städtischen Rohrnetzbetriebe auf Wunsch für Wohnungen, die keine oder nur unzureichende Gasanlagen besitzen, betriebsfähige Gasleitungen und Gasapparate auch mietweise zur Verfügung. Dahingehende Anträge sind an die Rohrnetzbetriebe unter Benutzung von Vordrucken zu richten, die in deren Büro, Lessingplatz 3, zu haben sind.

Und den Menschen ein Wohlgefallen.

Proletarisches Weihnachtsgedicht.

Von Walter Troppenz.

Ich höre das Lied aus uralter Zeit.
Ich höre es wiederum singen.
Und wieder steht die Erde im Winterkleid
Und wieder hör' ich das Klingen
Der Glocken vom Turm. Es dringet ihr Klang
Bis in die ärmlichste Hütte.
Aus jeder Stube erschallt froher Sang,
Den Menschen sei Friede! Sei Friede!
Was nennst Du denn Friede, Du Menschenkind?
Nennst Du Frieden Dein Hungern und Darben?
Ist die Not Dein Friede? Sag' an! Geschwind!
Ist das Friede? Erfrieren und Sterben?
Du Arbeitervolk!! Du schläfst schon so lang',
Du schläfst und träumst noch heute.
Was bedeutet der Glocken Geläute?
Dir künden die Glocken vom hohen Turm
Nicht Frieden! Nicht Feste! Nicht Freuden!
Proleten! Die Glocken! Hört Ihr sie?? Sturm!!
Prolet! Deine Sturmglocken läuten!!
Ihr tausend Glocken, läutet mit Macht
Bringt die Erde zum Erbeben!
Sturmglocken! Läutet die Sklaven wach,
Auf daß sich Millionen erheben.
Zum Sturm! Ihr Millionen! Es zittert die Luft.
Zum Sturm! Ihr Proleten!! Die Glocke ruft!
Zum Sturm! Zum Sturm! Daß es Weihnacht werde,
Wenn die letzten Säulen fallen.
Dann ist Friede dieser Erde
Und den Menschen ein Wohlgefallen!

Aus der Provinz

Für die Proletarier nichts — für die Reichen alles.

Die Dittersbacher Gemeindevertreitersitzung.

Zuerst wurde der Sparkassen-Haushaltvoranschlag für das Jahr 1925 behandelt. Er wurde auf 19 000 Mark veranschlagt. Weiter wurden 240 Mark jährlich für den Kassierer für eventuelle Fehlbeträge bewilligt. Ferner beschloß man, jedem neugeborenen Kind ein Sparkassenbuch mit einer Spareinlage von zwei Mark zu überweisen, um das Sparinteresse der Einwohner zu wecken. Von dieser „sozialen Einrichtung" werden nur wenige Proletarierfamilien Gebrauch machen können, denn die Unternehmer sorgen ja dafür, daß sie stets Hunger leiden müssen.

Weiter lag ein Gesuch des Arbeiter-Sportvereins vor um Gewährung einer Beihilfe zur Anschaffung von Uebungsgeräten. Zieht man in Betracht, daß der Verein erst gegründet wurde, zieht man weiter in Betracht, was gerade der Sport im Interesse des Volksgesundung bedeutet, so müßte man eigentlich erwarten, daß eine Fraktion, die auf sozialer Grundlage stehen will, dem Sport mindestens ebenso viel Interesse entgegenbringen würde, als z. B. dem Geflügelzüchterverein. Aber weit gefehlt. Die Praxis zeigt das Gegenteil. Schöffe Rößler (SPD.) erklärte von vornherein, daß diesem Gesuch nicht stattgegeben werden könnte, weil eben der Haushaltetat zu sehr angespannt worden sei (!). Die Kommunistische Fraktion beantragte, dem Sportverein 50 Mark zu geben, was von der sozialdemokratischen und bürgerlichen Fraktion abgelehnt wurde. Bei der Vorlage: Bewilligung von Mitteln zwecks Unterstützung der Ortsarmen und Unterstützungsberechtigten, beantragte die Kommunistische Fraktion, den vom Schöffen Rößler veranschlagten Betrag, nämlich 2 Mark für Erwachsene und eine Mark für Kinder, zu verdoppeln, das heißt 4 und 2 Mark zu geben. Auch dieser Antrag wurde von der SPD. und den Bürgerlichen niedergestimmt.

Gewährung einer Beihilfe an den „Bund der Kinderreichen" zur Brotverbilligungsaktion. Es wurde empfohlen, keine Mittel zu bewilligen. Die Kommunistische Fraktion jedoch schlug vor, wohl Mittel zur Verfügung zu stellen, nur sollen diese nicht den Vereinsangehörigen zugute kommen, sondern allen ortsansässigen, kinderreichen Familien. Nach längerer Debatte fand der Antrag einstimmige Annahme. Diese Verbilligungsaktion hat auf die Dauer von einem Monat Gültigkeit. Ferner wurden 200 Mk. für verbilligte frische Milch bewilligt. Gesammelt wurden für die im Ortsteil Bärengrund durch Brand geschädigten Familien 1094,60 Mark. Vom Kommunalausschuß wurden 1000 Mark gegeben. Weiter wurde die Instandsetzung der Feueralarmanlage sowie von 200 Meter Schlauch für die freiwillige Feuer behandelt und die dazu notwendigen Mittel einstimmig bewilligt.

* * *

Zuletzt kam nochmals ein Schreiben des Regierungskommissars zur Verlesung betreffs des Kommunalkonflikts. Das Schreiben besagt, daß für ein Einschreiten gegen die Kommunistische Fraktion vorläufig keine Veranlassung zu finden sei. Aber sobald sich eine Gelegenheit dazu bieten sollte, stellt er den Bürgerlichen anheim, sich beschwerdeführend an ihn zu wenden. Dies besagt, daß der Kommunalkonflikt wohl aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist.

Arbeiter und Arbeiterinnen, den Schöffen Schulz, von der Kommunistischen Partei hat man hinter Schloß und Riegel gebracht, um ihn von seiner Tätigkeit im Gemeindeparlament sowie im Landtage zu hindern. Trotz alledem werden wir unseren Weg weiter verfolgen, den wir bisher eingeschlagen haben. Nun erst recht werden wir für die Arbeiterinteressen eintreten. Trotz aller Schikanen und Verfolgungen.

Wir wissen doch, einst kommt die Stunde der Vergeltung. Die Verhältnisse sind stärker als alle Machtmittel, die der herrschenden Klasse zur Verfügung stehen.

Weihnachten

steht vor der Tür. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden ein fröhliches Weihnachten haben. Noch miserabler wird es bei den Erwerbslosen sein. Am schlechtesten aber haben es die, welche für die

Arbeiter hinter Kerkermauern

gegangen sind. Für die sammelt! Sendet alles an Hermann Ammon, Breslau, Leuthenstr. 11.

Denkt an die politischen Gefangenen!

Anmeldung und Aufwertung von Sparkassenguthaben.

Was haben die Sparer zu beachten?

Die Anmeldung der Sparguthaben, für die auf Grund der 3. Steuernotverordnung vom 14. 2. 1924 eine Aufwertung beansprucht werden soll, hat bis zum 31. Dezember 1924 zu erfolgen, und zwar bei der Sparkasse, bei der die Guthaben belegt sind. Von einer Anmeldung kann nicht abgesehen werden; diese ist dieselbe zur Begründung des Aufwertungsanspruches unerläßlich. Die Anmeldung kann formlos, schriftlich oder mündlich, erfolgen, möglichst unter Vorlage des Sparbuches. Handelte es sich um Guthaben, die auf Grund gesetzlichen Zwanges zur mündelsicheren Anlage begründet sind (Mündelgeld), so kann bevorzugte Aufwertung verlangt werden. In diesen Fällen ist bei der Anmeldung ein entsprechender Antrag zu stellen. Dem gesetzlichen Zwange steht der Zwang durch die Vorschriften der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung einer inländischen Personenvereinigung, Körperschaft oder Vermögensmasse gleich, sofern sie ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen, ethischen oder religiösen Zwecken dienen.

Es empfiehlt sich, mit der Anmeldung nicht bis kurz vor dem 31. 12. 1924 zu warten, sondern schon jetzt den Aufforderungen der Sparkassen zur Anmeldung Folge zu leisten.

Sind die Sparkassen oder deren Garantieverbände berechtigt, die Guthaben der sämtlichen oder bestimmten Gruppen ihrer Sparer mit einem nach eigenem Ermessen festgesetzten Prozentsatz oder Betrage aufzuwerten?

Der Minister des Innern hat durch seine Verfügung vom 9. 4. 1924 betreffend Aufwertung der Sparkassenguthaben die Sparkassenaufsichtsbehörden ersucht, an die öffentlichen und unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen die Anordnung ergehen zu lassen, daß sie von Vereinbarungen und Beschlüssen über Aufwertung von Sparkassenguthaben zunächst absehen, bis die Durchführungsbestimmungen zu § 7 der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 erlassen sind. — Die Durchführungsbestimmungen sind noch nicht ergangen.

Weißstein. Mit abgefahrenem Kopfe auf dem Bahngleis Feldhammer-Konradsthal in der Nähe der Reimannlehne wurden am 17. Dezember abends 8 Uhr eine weibliche Leiche, etwa 30 bis 40 Jahre alt, aufgefunden. Die Leiche war mit grauer Strickjacke und rotem Sammetkragen, blau punktierte Schürze, schwarzem Rock, grauem Unterrock und grauen wollenen Strümpfen bekleidet und trug einfache schwarze Schnürschuhe. Die Person hat dunkelblondes Haar und ist anscheinend schwanger. Ausweispapiere fehlen gänzlich. Zweckdienliche Angaben erbittet die Polizeibehörde Weißstein.

— Der Gemeindevorstand teilt mit: Die Geld- und Kleidersammlung für die Ortsarmen hatte folgendes Ergebnis: Es gingen ein an Spenden 264 Mark sowie eine Einzelspende von 500 Mark. Die Kleidersammlung erbrachte sehr viele, zum großen Teil noch recht brauchbare Bekleidungsstücke. Diejenigen Bedürftigen, die solche benötigen, müssen sich — bevor sie zu einer privaten Wohlfahrtsorganisation gehen — erst im Wohlfahrtsamt der Gemeinde einen Ausweis holen.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf, Breslau; Inserate: [illegible] Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Waldenburg-Altwasser

Bahnhofs-Drogerie
H. HELLMANN
Altwasser
Drogen, Farben, Chemikalien
Seifen und Parfumerien

Papierhaus
FRITZ GRUHN
Sandstraße 3

Paul Hiltman
Waldenburg-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 164
empfiehlt seine
Polster- u. Lederwaren
Eigene Werkstatt

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Photographie
Kurt Mai
Rathausplatz 10
Anfertigung von erstklassigen Aufnahmen u. Vergrößerungen

P. Heinr. Sindermann
Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 24
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Waldenburger Waffen- und Fahrradhaus
Maschinen-Reparatur-Werkstatt
Kolbe & Guder
Ober-Altwasser
Charlottenbrunner Straße Nr. 152
Telephon 741

Karl Otto
Altwasser
Charlottenbrunner Straße 53
Arbeitsschuhe
Ledersohlen und Schnellbesohlanstalt

D. KORN
Waldenburg, Friedländer Straße 10
Herren-Konfektion
Alleinverkauf der Firma Louis Mosberg, Bielefeld

Kolonialwaren
Zigarren und Zigaretten
empfiehlt
Georg Sindermann
Altwasser, Breslauer Strasse 58

Kaufhaus Max Holzer
Waldenburg
Friedländer Strasse 10

Reserviert

Paul Brauner, Warenhandlung
Waldenburg-Altwasser
Breslauer Straße Nr. 60
Jeder Raucher probiere meine Rauchwaren.
Jede Hausfrau versuche bei mir Wolle, Zwirn, Garn, Seifen und andere Hausgebrauchsartikel

Versammlungskalender.

Breslau! Mitglieder der Ortsstellung Breslau: Sonnabend, den 20. d. M., abends 7,30 Uhr, Sitzung. Lokal Bergmannstreue 34.

Freiburg: Sonnabend, den 20. Dezember, abends 7,30 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die nächsten Aufgaben der Partei. 2. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. 3. Verschiedenes. Lokal „Fürstbüchse".

Kindergruppen

Breslau: Sektion Nord. Zusammenkünfte Montags und Sonnabends, nachm. 3—5 Uhr, bei Bartnerd Matthiasstraße 94.

Amtl. Bekanntmachung von Breslau.

Steinkohleneierbriketts

werden von der städtischen Brikettfabrik in Dürrgoy zum Preise von 1,20 Mark je Zentner frei Fuhre ab Werk verkauft. Von 5 Zentner ab übernimmt das Werk die Anfuhr und das Einkellern zu den ortsüblichen Preisen. Bestellungen sind an die städtische Brikettfabrik, Breslau-Dürrgoy, Ostendstr. 3, zu richten (Fernsprecher Ring 7790—7792).

Städtische Betriebsdeputation.

Leset und verbreitet die Schles. Arbeiter-Zeitung!

AN DIE SPARER

der Gemeinde-Spar- und Girokasse NIEDER-HERMSDORF.

Aus eigenem Antriebe haben die Gemeindekörperschaften und der Sparkassen-Verwaltungsrat beschlossen, alle vor dem 20. November 1923 eingezahlten **Spareinlagen** auf Grund der III. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 freiwillig zunächst mit

15 Prozent

in Goldmark aufzuwerten.

Unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen machen wir unsere Spareinlagen-Inhaber darauf aufmerksam, daß sie gehalten sind, ihre vorgenannten Spareinlagen bis spätestens zum

31. Dezember 1924

zur Aufwertung anzumelden und zwar entweder bei unserer Hauptgeschäftsstelle, Hauptstrasse 3, oder bei unserer Spar- und Girokassen-Nebenstelle im Ortsteil Fellhammer Grenze, Haus Nr. 8 (früher Rutsch).

Die Aufwertung gilt ab 1. Januar 1925, die aufgewerteten Beträge werden von da ab verzinst.

Diese Aufwertung ist als erste und vorläufige zu betrachten, je nach der Entwickelung unserer Gemeinde-Spar- und Girokasse und nach der allgemeinen Finanzlage werden später weitere Erhöhungen der Spareinlagen-Aufwertung eintreten.

Unsere Gemeinde-Spar- und Girokasse ist jetzt in der Lage, Spareinlagen vom kleinsten bis zum größten Betrage auf absolut sicherer Grundlage anzunehmen und je nach der ausbedungenen Kündigungsfrist angemessen zu verzinsen. Von dieser neu geschaffenen Möglichkeit zur unbedingt sicheren Anlegung von Spareinlagen bitten wir unsere Kundschaft recht rege Gebrauch machen zu wollen.

Zur Bequemlichkeit bei der Anlegung kleinerer Sparbeträge werden wir demnächst den Spareinlagen-Abholungsverkehr sowie Heim-Sparbüchsen einführen, von welchen Maßnahmen wir schon jetzt erhoffen, daß sie den Beifall unser verehrten Kundschaft finden werden.

Nieder-Hermsdorf, den 10. November 1924.
bei Waldenburg in Schlesien.

Gemeindevorstand und Verwaltungsrat:
Klinner, Bürgermeister.

Die Gemeindesparkasse Ortsgirokasse:
Zimmermann. Lodemann.

Amtl. Bekanntmachungen von Gottesberg

Montag, den 22. Dezember, vorm. von 8½ bis 12 Uhr, Verteilung einer Spende an Klein-, Sozial- und Knappschaftsrentner, deren Einkommen mit Angehörigen sich monatlich unter 55 Mk. bewegt, im Rathause, Zimmer 7.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Der städtische Schlachthof ist Montag, den 22. 12., von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. und Dienstag, den 23. 12., von 8 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags für den Verkehr geöffnet.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Wi... ...eitergene Winter-Überzieh.
Leihhaus Trebnitzer Str. 31

Togal-Tabletten hervorragend bewährt bei: Gicht, Rheuma, Ischias, Hexenschuß, Nerven- und Kopfschmerzen. 105
Togal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Fragen Sie Ihren Arzt. — In allen Apotheken erhältlich.
Best. 12,6% Lith., 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amylum.

Arbeits-Bekleidung
Bettvorleger spottbillig
wegen Aufgabe des Geschäfts
Brüderstr. 53.

Zentral-Ball-Saal
Westendstr. 50/52 Telephon O. 1712
Jeden Sonntag:
TANZ!
Der Saal ist stets zu den kulantesten Bedingungen den Vereinen bestens empfohlen.

Großer Weihnachts-Verkauf
Sie kaufen bei mir aus erster Hand, da ich selbst meine Herren-Garderobe anfertigen lasse.
Einige Beispiele:
Herren-Schweden-Mäntel mod. Futtern in prima Qualität, Mk. 69.—, 54.—, 48.—, 42.—, und 39.00
Moderne Herren-Anzüge haltbare Stoffe, Mk. 50.—, 42.—, 36.— 24.00
Ein Posten gestreifte Herrenhosen . . . . . von Mk. 5.30 an
Ein Posten Breecher-Hosen . . . . . von Mk. 5.50 an
Grosse Auswahl in Herren- und Damen-Kostüm-Stoffen.
Bekleidungshaus Eugen Hamburger
Fernsprecher 40246 BRESLAU, Teichstr. 31 Ecke Springerstraße

Schallplatten-Bergmann
Breslau 1, Karlsplatz 1, II.
Spezialgeschäft / Tauschzentrale
Neue Platten 2.30 u. 2.80
Tausche jed. spielbare Platte in eine andere bei Zuzahlung v. 20 Pfg. an.

Zum Anfertigen von Kleidern, Blusen, Wäsche usw.
empfiehlt sich
Elfriede Müller
Dirigstrasse 47
:: Ober-Langenbielau ::

Naumann-Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe empfiehlt
Alfred Schlesinger
Schmiedebrücke 29a, Tel. R. 6864, O. 6260.
Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung:
Gräfin Mariza

Herren-Garderobe
fertigt preiswert an
Radlewski
Oderstrasse Nr. 14, III.

Werbt fleißig für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung"

Thalia-Theater
Wollen Sie Ihrem Kinde eine große Freude bereiten, dann führen Sie es heute nachm. 4½ Uhr zum tapferen Schneiderlein
Abends 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor

Jede sorgsame Hausfrau
muss sich die nebenstehende Packung einprägen, in der allein die Feinkost-Margarine „Schwan im Blauband" geliefert wird.
Sie ist unübertrefflich für Küche und Haushalt und entspricht den höchsten Anforderungen des verwöhnten Geschmackes.
Preis 50 Pfennig das Halbpfund.
Schwan im Blauband frisch gekirnt

Liebich Theater
Täglich 8 Uhr:
Paul Beckers
und das große Weihnachts-Programm

Schreibmaschine Deutschland
mit Zweifarbband
erstklassig!
Bequeme Teilzahlung
(ganz geringe Anzahlung).
Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.
J. Max Koch, Neustadt (Orla).

Weihnachts-Geschenke

Für die Kinder:
Märchen- u. Bilderbücher
besonders zu empfehlen
H. Zur Mühlen, Märchen von 75 Pfennige bis Mark 2.50.

Für die Jugend:
Erzählungen und belehr. Bücher
besonders zu empfehlen
Berta Last: Auf dem Flügelpferde durch die Zeiten, mit Bildern von Schlichter . . . . . Mark 2.50.

Arbeiter-Literatur.
Bellamy: Ein Rückblick aus dem Jahre 2000
Sozialistischer utopischer Roman, 212 Seiten Mark 1.50
Jack London: Die Eisern-Ferse, Roman, 270 S. „ 2.—
Schilderung des Kampfes der amerikanischen Arbeiter gegen das Trustkapital.

Russische Erzählungen.
Pawel Dorochow: Golgatha, 151 Seiten . . Mark 1.80
T. E. Dybenko: Die Rebellen, 140 „ . . . „ 1.80
und zahlreiche andere Erzählungen und Romane von Gorki, Dostojewski, Anatole France usw.

Es sind stets vorrätig:
Sämtliche Werke von Marx, Engels, Lassalle, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin.

Schilderungen aus der russischen Revolution.
John Reed: 10 Tage, die die Welt erschütterten
243 Seiten und 10 Bilder . . . . . Mark 2.—
Martin Andersen Nexo: Dem jungen Morgen zu „ 1.50
H. Roland Holst: Aus Sowjetrußland . . . „ 2.—
A. R. Williams: Durch die russische Revolution
257 Seiten . . . . . „ 2.—
Arbeiter-Abreiß-Kalender für 1925, 268 Seiten,
mit 131 Illustrationen . . . . . Mark 1.20
als Buch gebunden . . . . . „ 1.70
KPD.-Taschenkalender, 176 Seiten . . . . „ 0.60
Kommunistischer Landkalender . . . . . „ 0.60

Zu beziehen durch die Literatur-Obleute und die
Buchhandlung der Schlesischen Verlagsgesellschaft GmbH.
Breslau, Trebnitzer Straße 50.